

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Rolf Hanisch

Der Machtwechsel auf den Philippinen

Oskar Weggel/Rüdiger Machetzki

Der asiatisch-pazifische Mythos

„Atlantische Gegenwart — Pazifische Zukunft“?

B 45/86

8. November 1986

Rolf Hanisch, Dr. rer. pol., geb. 1942; Dozent und Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

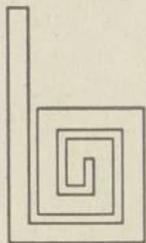
Veröffentlichungen u. a.: Bürgerkrieg in Afrika?, Berlin 1970; Der Handlungsspielraum eines Landes der Peripherie im Internationalen System. Das Beispiel Ghanas, Saarbrücken 1975; (Hrsg. zus. mit R. Tetzlaff), Die Überwindung der ländlichen Armut in der Dritten Welt. Probleme und Perspektiven kleinbäuerlicher Entwicklungsstrategien, Frankfurt 1979; (Hrsg. zus. mit R. Tetzlaff), Historische Konstitutionsbedingungen des Staates in Entwicklungsländern, Frankfurt 1980; (Hrsg. zus. mit R. Tetzlaff), Staat und Entwicklung, Frankfurt 1981; Probleme und Perspektiven des Kleinbauernkredites im Reissektor der Philippinen, Frankfurt 1982; (Hrsg.), Soziale Bewegungen in Entwicklungsländern, Baden-Baden 1982; (Ed.), Land reform and dispute processing in the Philippines, Baden-Baden 1983; Der Staat, ländliche Armutgruppen und legale Bauernbewegung in den Philippinen, Baden-Baden 1983; (Hrsg. zus. mit H. Dürr), Südostasien zwischen Tradition und Moderne, Braunschweig 1986.

Rüdiger Machetzki, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Japanologie in Hamburg und Taipei von 1964 bis 1970; Forschungsaufenthalt am Contemporary China Institute (London) von 1971 bis 1972; seit 1973 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes der Kommunistischen Partei Chinas, 1974; Die Entwicklungshilfepolitik der Volksrepublik China, 1975; Entwicklungsmacht China, 1981; zahlreiche Aufsätze zu Problemen der VR China und Südasiens.

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935; seit 1986 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit Forschungsschwerpunkt Volksrepublik China und Indochina; von 1954 bis 1963 Studium der Rechtswissenschaften und zweites juristisches Staatsexamen in München, von 1963 bis 1965 Studium des Chinesischen in Bonn; von 1965 bis 1967 Studienaufenthalt in Taiwan, regelmäßige Mitarbeit an den vom Institut für Asienkunde Hamburg herausgegebenen Monatszeitschriften „China aktuell“ und „Südostasien aktuell“.

Veröffentlichungen u. a.: Die Alternative China. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Stuttgart 1977; Chinesische Rechtsgeschichte, Leiden – Köln 1980; China zwischen Revolution und Etikette: Eine Landeskunde, München 1981; Xinjiang — Das zentralasiatische China, Hamburg 1984.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Machtwechsel auf den Philippinen

Anfang 1986 war die Aufmerksamkeit der Welt auf ein südostasiatisches Land gerichtet, das gemeinhin nicht im Mittelpunkt des Interesses steht. Anlaß war zudem ein Ereignis, das in Asien in der Regel keine größeren Überraschungen verspricht: (Präsidenten-)Wahlen. Auf den Philippinen hatte Präsident Marcos kurzfristig und vorzeitig die für 1987 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen auf den 6. Februar 1986 vorverlegt. Marcos befand sich seit 1965 im Amt, als er den damaligen Präsidenten Macapagal — durchaus in der Tradition des Landes (von 1946 bis 1965 gab es fünf Präsidenten) — durch Wahlen ablösen konnte. 1969 gelang ihm als erster Präsident eine Wiederwahl. Als eine weitere Verlängerung unter demokratischem Regime immer unwahrscheinlicher wurde, verhängte er das Kriegsrecht und re-

gierte auf dem Verordnungswege (seit 1972). Auch nach formaler Aufhebung des Kriegsrechts, neuerlichen Parlaments- (1978, 1984) und Präsidentschaftswahlen (1981) behielt er seine autoritäre Machtfülle. Zu den Präsidentschaftswahlen 1986 wurden zwischen 800 und 1 000 Journalisten sowie weitere Wahlbeobachter, viele ohne Südostasien- und Philippinen-Erfahrungen und -Kenntnisse, von ihren Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsredaktionen nach Manila geschickt, um über die Wahlen und die unvorhersehbaren anschließenden dramatischen Ereignisse zu berichten. Amerikanischen Präsidentschafts- oder europäischen Parlamentswahlen — ungeachtet ihrer gewichtigeren weltpolitischen Bedeutung und größeren Unkalkulierbarkeit — dürfte ein kaum größeres Medieninteresse zuteil werden.

Der Sturz des Marcos-Regimes im Februar 1986

Der Niedergang des Marcos-Regimes hatte verschiedene Ursachen. An ihm waren mehrere philippinische und auch transnationale Akteure und Akteursgruppen mit unterschiedlichen Interessen beteiligt. Er erfolgte auf dem Hintergrund einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise.

Die Destabilisierung des Regimes durch die Wirtschaftskrise der achtziger Jahre

Die Ursachen der Wirtschaftskrise liegen z. T. weiter zurück. Seit Beginn der achtziger Jahre wurde sie jedoch durch zunächst sinkende, dann sogar negative Wachstumsraten sichtbar¹⁾. Sie wurde durch externe und binnenwirtschaftliche Entwicklungen verursacht. Dazu gehörte eine

Verschlechterung der terms of trade und die Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite durch eine wachsende Kreditaufnahme im Ausland. Binnenwirtschaftlich und -politisch war eine sinkende Kapitalrentabilität, möglicherweise auch als Konsequenz der Kumpanei-Wirtschaft des Marcos-Regimes, zu verzeichnen. Außerdem wurden — trotz des langfristigen Charakters — einige Investitionsprojekte z. T. mit kurzfristigen Krediten finanziert.

Befindet sich ein Land in einer derartigen (außenwirtschaftlichen) Struktur- und Liquiditätskrise — und die Philippinen stehen hier durchaus nicht allein —, muß es eine Lösung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erarbeiten. Dieser stellt bekanntlich Anpassungskredite und Umschuldungshilfen nur bereit, wenn das Schuldnerland gewisse Strukturreformen durchführt. Auch auf den Philippinen begann der IWF in den achtziger Jahren wieder eine intensivere Rolle zu spielen. Das Marcos-Regime konnte damit immer weniger sich allein am politischen Kräftefeld in den Philippinen orientieren, sondern mußte verstärkt die Haltung des IWF, der Weltbank und der internationalen Finanzwelt, die sich am Verhalten dieser multilateralen Institutionen weitgehend orientiert, mitberücksichtigen.

Die Wirtschaftskrise und der spezifische Druck des IWF zu ihrer Überwindung hatten für die politische Stabilität des Regimes erhebliche Konsequenzen: Die Einkommenssituation breiter Mas-

¹⁾ Zur Wirtschaftskrise vgl. ausführlicher die Veröffentlichungen, überwiegend Workshop-Berichte, die von philippinischen Wissenschaftlern nach dem Aquino-Mord angefertigt wurden: E. S. De Dios (Ed.), *An Analysis of the Philippine Economic Crisis*, Quezon City 1984 (hier hat auch die spätere Planungsministerin unter Aquino, Solita C. Monsod, mitgewirkt); die Beiträge von B. Canlas und E. Tan (sowie ihre Diskutanten) in: R. Magno (Ed.), *Nation in Crisis*, Quezon City 1984; M. Magallona (Ed.), *International Debt Crisis: Focus on the Philippines*, Quezon City 1984; leichter zugänglich: G. P. Sicat, *The Philippines in 1983. Economic Crisis in Perspective*, in: *Southeast Asian Affairs* (Singapore), 1984 (der Autor war Planungsminister unter Marcos bis 1981); und A. Kintanar, *The Philippine Economy. An Analysis of the Economic Crisis*, in: *Southeast Asian Affairs*, 1985.

sen der Bevölkerung und auch des unteren Mittelstandes verschlechterte sich weiter. Dieser Tatbestand an sich ist (leider) noch nicht für das jeweilige Regime an der Macht bedrohlich — auch wenn es Spekulationen gibt, die das Anwachsen der kommunistischen Untergrundbewegung damit in Zusammenhang bringen. Wichtiger ist vielmehr die abnehmende Kapazität des Regimes, sich durch ein ausgedehntes Klientelnetz Massenloyalität — bzw. die über lokale und sektorale Führungskräfte vermittelte Massenloyalität — zu erkaufen. Seit 1982 übte der IWF Druck auf eine Verminderung der Haushaltsdefizite und damit der staatlichen Ausgaben aus. 1984 lagen diese real um 30% unter dem Stand von 1981. Massenentlassungen, real sinkende Gehälter, allgemein schrumpfende Ressourcen und Aufträge, die an große und kleine Kumpane verteilt werden konnten, nagten an den Fundamenten des Regimes.

Anders als es die populär-wissenschaftliche Oppositions- oder auch Menschenrechtsliteratur suggeriert²⁾, beruht die lange Dauer des Marcos-Regimes in erster Linie auf politischem Geschick und ausgedehnten und wachsenden Klientel- und Patronageleistungen, in zweiter Linie erst auf seinem Unterdrückungssystem³⁾. Durch die Wirtschaftsdepression und den Druck des IWF begannen die dazu nötigen Ressourcen knapper zu werden bzw. nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen. Dadurch ließ sich das Marcos-Regime seinen Handlungsspielraum jedoch nicht gänzlich blockieren. In den beiden wichtigen Wahlen, die es noch zu bestreiten hatte (Mai 1984, Februar 1986), suchte es noch einmal durch massiven Stimmenkauf und Wahlgeschenke die Wähler auf seine Seite zu bringen⁴⁾. Nur wo das nicht mehr half, wurde auch manipuliert.

²⁾ Stellvertretend hierfür sei die von offenbar der National Democratic Front (NDF) nahestehenden Autoren verfaßte Schrift, die in Deutschland eine große Verbreitung gefunden hat, genannt: Aktionsgruppe Philippinen (Hrsg.), Philippinen — wenn der Bambus bricht. Reinbek bei Hamburg, März 1986.

³⁾ Der langjährige Widersacher und offenbar gute Kenner von Ferdinand Marcos, Benigno Aquino, hat dies auch so gesehen. Nur zwei Monate vor seiner Ermordung hatte er Marcos vor einem Ausschuß des US-Kongresses folgendermaßen charakterisiert: „Als ein sehr berechnender Mann würde Marcos lieber überzeugen als bestechen, lieber bestechen als bedrohen, lieber bedrohen als verhaften, lieber verhaften als töten . . .“, zitiert aus: R. Hanisch, Abenddämmerung des Marcos-Regimes? Die Krise in den Philippinen, in: Jahrbuch Dritte Welt, (1984) 2, S. 130. Der kanadische Politologe und Philippinen-Kenner D. Wurfel hält „Marcos wahrscheinlich für einen der fähigsten Politiker in der Dritten Welt“ (womit er keine positiv-inhaltliche Bewertung vornimmt). D. Wurfel, The Succession Struggle, in: R. J. May/F. Nemenzo (Eds.), The Philippines after Marcos, London 1985, S. 18.

⁴⁾ Die Schätzungen der Wahlkampfausgaben 1986 belaufen sich z. B. auf 5—10 Mrd. Peso (265—531 Mio. US-Dollar). B. Aquino, The Philippines: End of an Era, in: Current History, (1986) April, S. 156.

Die Wirtschaftskrise und die Präsenz des IWF führten zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Marcos-Koalition. Die labilen ökonomischen und unternehmerischen Fundamente der politisch induzierten Kumpanei-Wirtschaft⁵⁾ zeigten sich unter den Bedingungen der allgemeinen Wirtschaftskrise noch deutlicher als in den Jahren des Booms. Spektakuläre Firmenzusammenbrüche führten zu weiteren Belastungen des Staatshaushaltes und trugen zu zunehmender Verunsicherung bei. Die von Marcos unabhängigen Geschäftsleute, d. h. die alteingesessene Unternehmerschaft, waren bisher nicht eine unmittelbare Stütze seines Regimes gewesen. Sie hatten sich aber weitgehend mit dem Regime arrangiert und mit ihm kooperiert. Zwar beobachteten sie das Treiben der Kumpane und deren Bevorzugung sowie die immer umfassenderen staatlichen Regulierungsversuche z. T. mit Mißtrauen. Unter den Bedingungen des Wirtschaftsbooms hatten sie dennoch ein gutes Auskommen, zumal das Kriegsrecht-Regime die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten wußte und eine effizientere Bekämpfung der Kriminalität wie der kommunistischen New People's Army (NPA) zu gewährleisten schien.

Die Krise ließ auch hier die Widersprüche deutlicher zu Tage treten. Staatliche Benachteiligung und Übervorteilung sind eben schwerer unter den Bedingungen eines schrumpfenden Marktes und sinkender oder gar negativer Betriebsergebnisse zu ertragen. Außerdem erwies sich die Schutzfunktion des Regimes gegenüber (Straßen-)Kriminalität und kommunistischer Systembedrohung als immer unzureichender. Die Liberalisierungsforderungen des IWF gegenüber den staatlichen Monopolen wurden zwar begrüßt, im Außenwirtschaftsverkehr (Zollschutz, Abwertungen) jedoch als eine weitere Bedrohung empfunden.

Die Einwirkungsversuche des IWF führten darüber hinaus zu einer Verhärtung der Fronten zwischen zwei Stützen des Marcos-Regimes: den Kumpanen („Cronies“) und den Technokraten. Letztere waren treue, in ihrem Selbstverständnis eher unpolitische, eben technokratische Gefolgsleute von Marcos ohne nennenswerte eigene wirtschaftliche und politische Basis und Interessen.

⁵⁾ Unter einer „Kumpanei-Wirtschaft“ soll verstanden werden, daß privatwirtschaftliche Unternehmen aufgrund des individuellen Zugangs zu politischen Instanzen sich staatliche Leistungen, Ressourcen, Kredite, Lizenzen, Genehmigungen, Sonderrechte usw. zu verschaffen wissen, die sie ohne persönlich-politische Beziehungen dieser Kumpane („cronies“) zu den führenden Politikern nicht in dem Ausmaß erhalten würden und die einen solchen Umfang annehmen, daß die Investitions- und Wettbewerbsbedingungen der gesamten Wirtschaft dadurch beeinflußt werden.

Marcos suchte durch diese, meist in Harvard erzo- gen, Technokraten ökonomischen Sachverstand an sich zu binden und (relativ unproblematisch) zu dirigieren. Zwischen den Kumpanen, die über die politische Sphäre eigene wirtschaftliche Inter- essen verfolgten, und den Technokraten gab es schon immer latente Konflikte. Aufgrund des feh- lenden politischen Rückhaltes — es sei denn die- ser kam von Marcos — zogen die letzteren eher den kürzeren, zumal Imelda Marcos ihr politi- sches Gewicht in die Waagschale zugunsten der Kumpaneinteressen (die z. T. ihre eigenen waren) warf.

Der IWF und die Weltbank suchten jedoch ihre Ansprechpartner in erster Linie unter diesen Technokraten. Der Bedeutungszuwachs der inter- nationalen Organisationen für die Formulierung der philippinischen Wirtschaftspolitik implizierte einen verstärkten Rückhalt für dieselben⁶⁾. Dies bedeutet aber wiederum noch nicht, daß die Tech- nokraten mit dem IWF im Rücken oder der IWF durch die Technokraten sich endgültig gegen die Kumpane hätten durchsetzen können. Sie konn- ten es nur bedingt⁷⁾. Die Marcos-Koalition aber war dadurch labiler, brüchiger geworden.

Die Krankheit von Marcos und die unklare Nachfolgeregelung

All diese Entwicklungen hätten allein den Sturz von Marcos kaum bewirkt oder auch nur eingelei- tet. Es mußte wohl noch ein weiterer Umstand hinzukommen, der so oft eine Rolle spielt und immer wieder übersehen wird, weil er sich der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung entzieht: die ideosynkratische Variable, der menschliche Faktor. Seit (offenbar) 1978 wurde Marcos zuneh- mend durch eine in Schüben auftretende Krank- heit geplagt, die sich seit den frühen achtziger Jah- ren zunehmend verschärfte und ihn nun zeitweise

weitgehend paralyisierte⁸⁾. Damit wurde die Klä- rung der Nachfolgefrage, die er bisher herausge- schoben hatte, immer dringlicher.

Nach Aufhebung des Kriegsrechts 1981 hatte er sich zur Einsetzung eines Exekutivausschusses be- reit erklärt, der im Falle seines Ablebens die Re- gierungsgeschäfte interimistisch übernehmen sollte. In diesen Ausschuß wurde neben den ande- ren wichtigsten Ministern auch seine Frau Imelda Marcos 1982 berufen, die 1981 — möglicherweise auf Druck des IWF — Finanzminister Virata bei der Ernennung zum Premierminister unterlegen war. 1981 machte Marcos außerdem seinen ehe- maligen Leibwächter und treuen Gefolgsmann Fabian Ver zum Generalstabschef — unter Umge- hung ranghöherer und professionellerer Offiziere. Aufgrund dessen offenbar bedingungsloser Loya- lität und seinen guten Beziehungen zu Imelda richteten sich die Spekulationen auf eine regime- interne Nachfolge immer wieder auf dieses Tan- dem Imelda-Ver.

Die Rolle der USA

Auch die Reagan-Administration in den USA zeigte sich über diese Aussichten zunehmend beunruhigt⁹⁾. Sie beobachtete die schwindenden Problemlösungskapazitäten in bezug auf die Be- kämpfung der kommunistischen Guerilla und der Wirtschaftskrise mit steigender Sorge und machte für diese Mißerfolge gerade auch Imelda und Ver verantwortlich. Sie war überzeugt, daß ein Re- gime Imelda-Ver „so korrupt, so skrupellos, so bar jeder ökonomischen Rationalität sein würde, daß es eine noch viel größere politische Instabili- tät auslösen würde“¹⁰⁾.

Nach dem Amtsantritt Reagans (1980) schien die amerikanische Philippinen-Politik zunächst ent- spannter. Reagan verfolgte nicht mehr die außen- politisch z. T. lästige und zugleich folgenlose

⁸⁾ Es handelt sich um Lupus erythematoides, die u. a. auch die Nieren in Mitleidenschaft zieht und Dialyse notwendig macht (die Marcos u. a. im Wahlkampf 1986 sichtbar beeinträchtigte).

⁹⁾ Das besondere Interesse der USA gegenüber den Phil- ippinen ist bedingt emotional möglicherweise aufgrund der vergangenen kolonialen Beziehung (1899—1931/ 46), insbesondere aber wegen der US-Basen in Subic Bay und Clark Air Base. Bei diesen handelt es sich um den größten Militärflughafen und den größten Flotten- stützpunkt außerhalb der USA. Deren Bedeutung hat nach dem Verlust Süd-Vietnams und dem Rückzug aus Thailand sowie der Präsenz der sowjetischen Flotte in Cam Ranh (Vietnam) nach amtlicher Auffassung eher zugenommen. Der Pachtvertrag lief ursprünglich auf 99 Jahre (1947—2046). Marcos vermochte schon 1966 dessen Verkürzung (bis 1991) sowie 1979 und im Juni 1983 wesentliche Verbesserungen (auch der materiellen Bedingungen) durchzusetzen.

¹⁰⁾ D. Wurfel, *The Aquino Legacy and the Emerging Succession Struggle in the Philippines, 1984*, in: *South- east Asian Affairs, 1985*, S. 275.

⁶⁾ Die grundsätzliche Kritik am IWF (und der Welt- bank) halte ich namentlich unter diesen innenpoliti- schen Gesichtspunkten meist für überzogen. Wichtig für die Philippinen und diese Richtung ist das Buch W. Bello/D. Kinley/E. Elinson, *Development Debacle. The World Bank in the Philippines*, San Francisco 1982. Die Autoren werten zahlreiche vertrauliche Weltbank- papiere aus, die aber die Situation auf den Philippinen — was den Autoren weitgehend entgangen ist — nicht immer zutreffend wiedergeben. Die Regierung unter Premierminister Virata 1981 wird als „Weltbank-Kabi- nett“ tituiert (S. 183). Nach dem Sturz des Marcos-Regi- mes wurde Finanz- und Premierminister Cesar Virata Berater des Weltbankpräsidenten für Verschuldungs- fragen.

⁷⁾ Den mühevollen Weg der Entmachtung des Kumpanen Roberto Benedicto im Zuckersektor habe ich nach- gezeichnet in: Süßer Zucker, bitterer Zucker — Fallbei- spiel Philippinen, in: H. Dürr/R. Hanisch (Hrsg.), *Süd- ostasien zwischen Tradition und Moderne*, Braun- schweig 1986, S. 138 ff.

Menschenrechtskampagne seines Vorgängers Carter. Kosmetische Demokratisierungsoperationen (Aufhebung des Kriegsrechts, Präsidentenwahl 1981) erhielten überschwenglichen Beifall¹¹⁾. Im September 1982 konnte Marcos einen Staatsbesuch in den USA absolvieren, der als „triumphal“ bezeichnet wurde¹²⁾. Im Juni 1983 wurde vorzeitig ein neues Abkommen über die US-Basen im Lande — zu für Marcos wesentlich günstigeren Bedingungen — abgeschlossen. Dennoch: Die Irritationen auf amerikanischer Seite über die zukünftigen Perspektiven des Marcos-Regimes und der Philippinen blieben und fanden auch diplomatischen und publizistischen Ausdruck. Sie führten offenbar zu einer Fehleinschätzung der Situation von mehreren Seiten und in der Konsequenz zu dem folgeschweren Ereignis des 21. August 1983.

Die Ermordung Benigno Aquinos und die Folgen

Benigno Aquino, der wichtigste Führer der bürgerlichen Opposition, seit 1980 in den USA im Exil, plante 1983 seine Rückkehr auf die Philippinen, um die Opposition auf die Parlamentswahlen 1984 vorzubereiten und zu organisieren¹³⁾. Er sah seine Aussichten, von der Reagan-Regierung als Alternative zu Marcos akzeptiert und aufgebaut zu werden, im Schwinden. Durch die Krankheit von Marcos waren sich überstürzende Entwicklungen nicht mehr auszuschließen, die seine örtliche Präsenz um so nötiger machten.

Die Vorbereitungen zur Rückkehr wurden von Marcos und seiner Umgebung mit Mißtrauen verfolgt; offenbar hielt man eine offizielle oder offiziöse Unterstützung durch die US-Regierung (bzw. den CIA) nicht für ausgeschlossen. Aquino erschien daher doppelt gefährlich. Imelda Marcos versuchte zweimal, Aquino von einer Rückkehr abzuhalten, warnte ihn sogar vor einem Anschlag auf sein Leben, „den der Präsident nicht verhindern könne“. Aquino ließ sich jedoch von seiner Rückkehr nicht abbringen und wurde — nahezu vor den Augen der Weltöffentlichkeit — beim Be-

treten philippinischen Bodens auf dem Flughafen von Militärs ermordet. Die Hintergründe im einzelnen sind bis heute nicht bekannt. Es scheint aber plausibel, daß Marcos in diesen Tagen handlungsunfähig war und Militärs mit oder um General Ver die Nachfolgefrage durch das endgültige Ausschalten des wichtigsten Opponenten außerhalb des Regimes für sich entscheiden wollten — eine törichte Vorstellung, die kaum die Billigung des gewieften Politikers Marcos gehabt haben dürfte, der gleichwohl nun wohl oder übel seine treuesten Paladine decken zu müssen glaubte.

Dieser Mord in aller Öffentlichkeit — den man einem angeblichen kommunistischen Attentäter, den man gleichfalls ermordete, unterschieben wollte — führte zu einer weiteren Polarisierung in der philippinischen Gesellschaft. Er verstärkte den allseitigen Vertrauensverlust des Regimes und beschleunigte die allgemeine Krise¹⁴⁾.

Die Aquino-Anhänger und Marcos-Opposition vermochte Hunderttausende in Manila zu Straßendemonstrationen und Kundgebungen zu mobilisieren. Bisher schwankende oder neutrale Unternehmer, Manager, Geschäftsleute und Angehörige des Mittelstandes schlossen sich der Marcos-Opposition an bzw. sympathisierten mit ihr. Die einflußreiche katholische Kirche, bisher in ihrem Verhältnis zum Regime gespalten und eher unentschlossen¹⁵⁾, nahm nun durch ihr Oberhaupt, Jaime Kardinal Sin, dem Erzbischof von Manila, einem persönlichen Freund Aquinos, entschlossen Partei für die Oppositionsbewegung.

In den Streitkräften bildete sich schließlich eine Reformbewegung junger Offiziere, die ihre Einsatzbedingungen durch bessere Professionalisierung und Ablösung der Generäle der „Hofkamarilla“ (wie Ver zugunsten von Ramos) forderten. Diese waren nicht eigentlich gegen das Marcos-Regime eingestellt, aber dennoch Keimzelle für die Spaltung einer der wichtigsten es tragenden Institutionen.

All dies bedeutete nicht, daß die gesamte philippinische Gesellschaft sich vom Marcos-Regime abwandte. Im Gegenteil: Dessen Klientelsystem war zwar brüchiger geworden, aber immer noch intakt und sehr weitreichend. Außerdem war die nicht-kommunistische Opposition nicht in der Lage,

¹¹⁾ Vize-Präsident George Bush zur Präsidentenwahl 1981, in der Marcos mit 88 % der Stimmen gegen zwei unbedeutende Schein-Gegenkandidaten, da die Opposition boykottierte, wiedergewählt wurde: „Wir lieben Ihr Festhalten an demokratischen Prinzipien und dem demokratischen Prozeß.“ R. Hanisch (Anm. 3), S. 133.

¹²⁾ R. A. Manning, *The Philippines in Crisis*, in: *Foreign Affairs*, (1984/85) Winter, S. 405.

¹³⁾ Ausführlicher über die politische Vorgeschichte des Sturzes von Marcos: B. A. Aquino, *Political Violence in the Philippines. Aftermath of the Aquino Assassination*, in: *Southeast Asian Affairs*, 1984; D. Wurfel (Anm. 10); die Jahresberichte über die Philippinen von G. S. Silliman (1983), H. S. Malin (1984) und B. M. Villegas (1985) in den Februarausgaben des *Asian Survey*.

¹⁴⁾ Dabei muß angemerkt werden, daß ein politischer Mord nichts Ungewöhnliches auf den Philippinen ist. Bisher fielen ihm allerdings nur Lokalpolitiker, Bauern, Bauernführer, Gewerkschaftler und Journalisten zum Opfer — und nicht ein Vertreter der Elite unter so spektakulären Umständen, wie hier geschehen.

¹⁵⁾ Zu den internen Differenzen in der katholischen Kirche, die jetzt etwas zurücktraten, nicht aber aufgehoben wurden: D. Shoemith, *The Church*, in: R. J. May/F. Nemenzo (Anm. 3).

sich einheitlich zu organisieren¹⁶). Ihr fehlte eine charismatische Integrationsfigur, die Benigno Aquino unter Umständen hätte sein können. Sie zerfiel in zahlreiche regionale und nationale Parteien, Bewegungen, Gruppen, die immer wieder vergebliche Anläufe unternahmen, zu einer gemeinsamen Organisation zu finden.

Nun aber wurde die tiefe Spaltung der philippinischen Gesellschaft und — wichtiger noch! — der Elite deutlich sowie die abnehmenden Möglichkeiten des Regimes, die Konflikte in seinem Sinne zu regulieren. Die Spaltung der Elite einer Gesellschaft gilt aber als klassische Voraussetzung dafür, daß eine revolutionäre Bewegung sich durchsetzen kann.

Die allgemeine politische Verunsicherung mußte auch die ohnehin schon dahinsiechende Wirtschaft weiter in Mitleidenschaft ziehen. Investitionszurückhaltung und Kapitalflucht trieben nun die Philippinen an den Rand des Bankrotts¹⁷). Die Wirtschaft erlebte einen z. T. dramatischen Rückgang des Wachstums, eine Beschleunigung der Inflation, Massenentlassungen und z. T. stark sinkende Realeinkommen und Löhne. Gegenüber den auswärtigen Gläubigern mußte das Land um mehrere dreimonatige Moratorien für die Zinszahlungen nachsuchen. Der IWF versuchte in zähen Verhandlungen das Ende der Kumpaneiwirtschaft durch Auflösung einiger Monopole — mehr oder weniger erfolgreich — sowie eine Begrenzung der Staatsausgaben und der Bankkredite zu erreichen.

Eine Atempause, aber die Glaubwürdigkeitskrise schwelt weiter

Das Marcos-Regime gab dennoch nicht auf. Die Reagan-Regierung war unschlüssig, ob sie sich mit der (gespaltenen) bürgerlichen Opposition einlassen sollte, in der ein starker und stärker werdender Minderheitsflügel eine anti-imperialistische (d. h. anti-amerikanische) Rhetorik pflegt. Sie übte daher nur verhalten Druck auf das Regime aus,

1. den Mord restlos aufzuklären und die Schuldigen zu bestrafen, und

¹⁶) Einen guten Überblick über die vielen Organisationen und Parteien liefert das ansonsten in vielen Einzelheiten nicht sehr zuverlässige Buch der Aktionsgruppe Philippinen (Anm. 2), S. 182 ff.

¹⁷) Nur einige Daten: Die Bruttokapitalbildung sank von 1983 bis 1985 real von 25 auf 13,5 Mrd. Peso (also um 44%), das Sozialprodukt verminderte sich 1984 und 1985 real um etwa 10% (nach NEDA, Business Day, 3. März 1986, und B. Aquino (Anm. 4), S. 158). In den ersten beiden Monaten nach der Ermordung Aquinos soll Fluchtkapital von über 1 Mrd. US-Dollar (etwa 11 Mrd. Peso) das Land verlassen haben (D. Wurfel [Anm. 10], S. 264, nach FEER und Asian Wall Street Journal).

2. das Regime durch freie Wahlen zu legitimieren (und damit möglicherweise zu einem breiten Konsens zu finden).

Die Opposition vermochte zudem ihre Massendemonstrationen gegen das Regime nicht zu verstetigen. Anfang 1984 waren sie schon zu kleineren und mittleren Einzelaktionen abgeflaut¹⁸). Auch der Gesundheitszustand von Marcos schien sich wieder — zwischenzeitlich — merklich zu verbessern. Eine Atempause war damit gewonnen. Schon im Januar 1984 ließ Marcos ein Referendum durchführen, in dem u. a. über die Wiedereinführung der Vize-Präsidentschaft abgestimmt wurde. Im Mai 1984 fanden Neuwahlen zu dem erstmals 1978 gewählten Nationalparlament (der Batasang Pambansa) statt. Es zeugt von der nahezu ungebrochenen Erwartung in die Überlebens- und Patronagefähigkeit des Regimes zu diesem Zeitpunkt, daß sich im Durchschnitt zehn Bewerber der Regierungspartei um die Kandidatur für einen Parlamentssitz stritten¹⁹). Nicht wenige der unterlegenen Politiker bewarben sich als Unabhängige oder für die Opposition um den Einzug ins Parlament.

Das Regime mußte nun die Entstehung neuer Oppositionszeitungen, deren Zirkulation allerdings weitgehend auf die Hauptstadt Manila beschränkt blieb, sowie die Wiederbelebung einer regierungsunabhängigen, der Opposition nahestehenden Wahlbeobachterbewegung, des National Movement for Free Elections (NAMFREL), tolerieren²⁰). In den Wahlen verloren zwar vier Minister ihre Abgeordnetenmandate und anschließend auch ihr Amt, Unabhängige und Oppositionsabgeordnete gewannen jedoch nur 61 der 183 Mandate (1978: 16). Durch massive Wahlbestechung und letztlich auch Wahlbetrug vermochte das Regime noch einmal dieses eigentlich maßgeschneiderte Ergebnis zu erzielen²¹).

¹⁸) Man erinnere sich etwa an die Massendemonstrationen im Iran, die zum Sturz des Schah führten; diese dauerten vom Oktober 1977 bis Januar 1979.

¹⁹) Die US-Botschaft feierte diese Wahlen, bei denen kaum weniger als 1986 terrorisiert und manipuliert wurde, als „ein erstaunliches Beispiel der Demokratie und Partizipation der Bevölkerung“. D. Wurfel (Anm. 10), S. 272.

²⁰) NAMFREL gab es schon in den fünfziger Jahren — auch damals (wie heute) mit amerikanischer Unterstützung organisiert. Sie ermöglichte 1953 den Wahlerfolg des bisherigen Verteidigungsministers Ramon Magsaysay gegen den amtierenden Präsidenten Quirino. Magsaysay galt als Vater des Sieges gegen die (kommunistisch-sozialistischen) Huks.

²¹) Damit meinten Marcos und seine Getreuen offenbar, die Krise überwunden zu haben. Auch diplomatische Beobachter, wie der damalige deutsche Botschafter Klaus Zeller in einem Vortrag im Juni 1985, waren optimistisch, daß „die Philippinen (und das war das damalige Regime) die Krise meistern würden“. Zeller sah dafür schon zahlreiche Indikatoren im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Vgl. K. Zeller, Die Philippinen — Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, in: Asien, (1986) Januar.

Dennoch tickte die Zeitbombe der Aufarbeitung des Aquino-Mordes weiter. Ein Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz der pensionierten Richterin Corazon Agrava bemühte sich seit November 1983, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu werfen. Ende Oktober 1984 legte die Kommission einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht (der Vorsitzenden) vor. Einig war man sich darüber, daß eine Verschwörung von Militärs vorlag, uneinig, ob auch General Ver eine Rolle gespielt habe. Marcos konnte nicht umhin, General Ver zu beurlauben — entlassen wollte er ihn immer noch nicht. Im übrigen ließ er das ganze Verfahren nun ein weiteres mal, diesmal vor einem sonst für kleinere Korruptionsfälle zuständigen Gericht, ablaufen. Dieses Gericht beschäftigte sich sieben Monate (aber nur 50 Verhandlungstage), vom 22. Februar bis zum 26. September 1985, mit der Angelegenheit und sprach die 25 angeklagten Offiziere (darunter Ver) sowie einen Zivilisten frei. Der Täter, so das Gericht, sei doch der (ermordete) kommunistische Attentäter.

Schon zuvor hatte Marcos durch orchestrierte Rückholrufe örtlicher Bürgermeister und Offiziere vor allem in Mindanao („um die NPA besser bekämpfen zu können“) und durch die Ankündigung, den General wieder in sein Amt einzusetzen, wenn er freigesprochen würde, die Richtung angedeutet. Am 2. Dezember 1985 wurde Ver wieder als Generalstabschef eingesetzt. Damit drohte alles beim alten zu bleiben. Diese Aussicht wurde namentlich in den USA mit deutlichem Unbehagen registriert. Hier erhoffte man sich wenigstens durch die Ersetzung General Vers durch General Ramos eine Reform der philippinischen Streitkräfte, um deren Schlagkraft gegen die kommunistische Guerilla zu erhöhen.

Die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen

Um diesen amerikanischen Druck abzufangen, entschloß sich Marcos, seine Legitimität und Massenbasis durch vorgezogene Präsidentschaftswahlen erneut unter Beweis zu stellen²²⁾. Am 4. November 1985 verkündete er im amerikanischen Fernsehen — wo denn sonst? — seine Entscheidung, sich vorzeitigen Wahlen zu stellen, die er sehr kurzfristig ansetzte²³⁾. Das Vertrauen in

²²⁾ Die Wahlen und die anschließenden Ereignisse werden wesentlich ausführlicher, als dies hier möglich ist, abgewogen und kompetent dargestellt von G. Siemers, Machtwechsel in den Philippinen: Ablauf, Faktoren, Zukunftsperspektiven, in: Südostasien aktuell, (1986) März.

²³⁾ Er nannte zunächst als Wahltermin den 17. Januar 1986, das Parlament beschloß mit 77:41 Stimmen die vorgezogene Präsidentschaftswahl für den 7. Februar 1986. Da Marcos (selbstverständlich) nicht bereit war, vorher zurückzutreten, gab es eigentlich für die Verkürzung der bis Juni 1987 dauernden Amtszeit keine rechtliche Basis. Auch in diesem Fall entschieden die von Marcos ernannten Richter im Supreme Court zu seinen Gunsten.

die eigene massenmobilisierende und manipulierende Kraft, die Wahlerfolge bisher immer sichergestellt hatten, bestärkt durch die Uneinigkeit der Opposition, mag Marcos zu dieser für ihn folgenreicheren Fehlentscheidung bewogen haben. Die Opposition hatte zwar mit der Möglichkeit vorzeitiger Präsidentschaftswahlen gerechnet, zeigte sich bisher jedoch außerstande, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Der radikale Flügel, die Linken und die Nationalisten, die Kommunisten ohnehin, waren zudem, wie schon zu den Parlamentswahlen im Mai 1984, nicht bereit, sich an der zu erwartenden „Wahlfarce“ zu beteiligen und plädierten für Wahlboykott²⁴⁾.

Eine gesplattene Opposition hatte selbst in fairen Wahlen gegen Marcos keine Chance. Unter dem Zwang dieser Verhältnisse gelang kurz vor Ablauf der Nominierungsfrist (am 11. Dezember 1985) doch noch die Einigung auf ein gemeinsames Kandidatenteam. Konsensfähig erwies sich schließlich nur Corazon Aquino, für deren Nominierung seit Mitte 1985 eine Unterschriftenkampagne (1 Million) lief und die sich, mehr von anderen geschoben als durch eigenen Ehrgeiz getrieben, zur Kandidatur bereiterklärte.

Als Witwe des ermordeten Benigno Aquino bot sie am ehesten die Gewähr, das Martyrium und den Mythos ihres Mannes massenmobilisierend gegen Marcos einzusetzen. Als Mitglied der (landbesitzenden) Oberschicht war sie für die linken reformerischen („zweckorientierten“ = „cause-oriented“) Gruppen, die über die Ablösung des Marcos-Regimes zu (armutsorientierten) Strukturereformen kommen wollen, gewiß nicht erste Wahl. Anders aber als etwa Salvador Laurel, Sohn des Kollaborations-Präsidenten im Kriege (mit den Japanern), der zwischen 1967 und 1972 schon Senator war und auch im Marcos-Parlament (1978 bis 1983) gesessen hatte, war Corazon Aquino bis zur Ermordung ihres Gatten politisch nicht tätig gewesen — und damit auch nicht (vor-)belastet. Ihr zukünftiger Kurs erlaubte mehr Hoffnungen und Träume als die bekannten Politiker der alteingesessenen Oligarchie.

²⁴⁾ Sie übersahen dabei die Dynamik, die auch von solchen Wahlen, vor allem wenn sie im internationalen Scheinwerferlicht erfolgen, ausgehen kann. Eine Einsicht, die auch viele Sympathisanten, wie etwa R. Werning noch am 20. Februar 1986 in der Einleitung zu seinem Buch „Berstender Bambus, Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen“, Frankfurt 1986, S. 18, nicht hatte. Vgl. auch F. Nemenzo zum Wahlboykott 1984, der im übrigen „die traditionale Opposition“ für unfähig hielt, „die Macht allein zu erringen“. F. Nemenzo, The Left and the Traditional Opposition, in: R. J. May/F. Nemenzo (Anm. 3), S. 65, 67. Erst im Mai 1986 übten die CPP und die ihr nahestehende Linke Selbstkritik über ihre Fehleinschätzung der Situation. Kenntnisreich zur politischen Fraktionierung und Haltung der Linken: Frank Braße, Die philippinische Linke und die Februarrevolution, in: Südostasien Informationen, (1986) 3, S. 48—51.

Andererseits ging es der Opposition zunächst einmal darum, das zu erreichen, was sie 20 Jahre nicht geschafft hatte: die Ablösung des Marcos-Regimes. Alle sich dann daraus ergebenden Optionen würden durch eine schwache und ohne eigenen Ehrgeiz amtierende Präsidentin offener gehalten werden als bei einem neuen starken, ehrgeizigen Präsidenten. Obwohl Salvador Laurel dem stärksten (oppositionellen) Parteienbündnis, der UNIDO, vorstand, willigte er schließlich in die bisher relativ bedeutungslose Vize-Präsidentenschaftskandidatur ein, die er jedoch mit der Amtsübernahme als Premierminister und als Außenminister koppelte²⁵).

Da Marcos sich durch die Wahl vor allem gegenüber dem Ausland, insbesondere den USA, zu legitimieren versuchte (wo er im Wahlkampf nahezu täglich Interviews gab)²⁶), mußte er die Anwesenheit offizieller Beobachter und der zahlreichen Journalisten zugleich herausfordern und tolerieren. Wahlfälschungen und sonstige Unregelmäßigkeiten drohten so aber leichter aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht zu werden und damit kontraproduktiv für das Regime zu wirken (obwohl die meisten Journalisten sich einen sehr engen Beobachtungsradius, Makati und Pasay in Manila — wo die internationalen Hotels stehen —, auferlegten). Mehrheitlich waren die ausländischen Journalisten ganz offenbar voreingenommen. Sie sympathisierten mit dem „underdog“ Cory Aquino und erwarteten, daß Marcos — nach all dem, was geschehen war — keine Massenbasis mehr haben und allenfalls durch Wahlbetrug sein Regime retten könnte.

Cory Aquino baute ihre Strategie geschickt auf dieser Glaubwürdigkeitslücke von Marcos auf. Im Tenor lautete ihre Argumentation: Wenn sie nicht gewählt werden würde, konnte nur Wahlbetrug sie daran gehindert haben. Sie wurde dabei von weiten Teilen der katholischen Kirche, die den Kampf zwischen dem „Guten“ und dem „Bösen“ zu beobachten meinte, und von NAMFREL, die von der katholischen Kirche und der Elite zu einer Massenbewegung von gut einer halben Million ehrenamtlicher Mitarbeiter ausgebaut worden war, unterstützt.

Die bisher (auch vor Marcos) üblichen Unregelmäßigkeiten — Manipulationen an den Wahllisten (potentielle Opponenten fehlen, Anhänger wählen mehrmals), Austausch von Wahlurnen und Zählergebnissen, physische Einschüchterung von Wählern und Opponenten (bis zu deren Er-

mordung) — erhielten so eine breite Publizität. Die durchaus noch vorhandene breite Massenbasis von Marcos wurde durch die Berichterstattung über seine Wahlmanipulationen in den Hintergrund gedrängt. Derartige Vorfälle wurden damit zu einer angeblich deutlichen Aquino-Mehrheit aufgebauscht. Zum Teil wurden dabei auch Fehlinformationen unbesehen weitergeleitet und übernommen. Am Ende standen zwei Sieger — mit unterschiedlich positiven Zählresultaten, aber doch ein Verlierer, nämlich Marcos, fest. Seine nationale und internationale Legitimitätslücke hatte weiteren Schaden genommen. Cory Aquino machte durch den Aufruf zum zivilen Ungehorsam deutlich, daß sie die Wahlfälschungen nicht auf sich beruhen lassen wollte.

Das Ende

In dieser Situation der allgemeinen Unsicherheit sagten sich Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der amtierende Generalstabschef Fidel Ramos von Marcos los und erkannten Corazon Aquino als neue Präsidentin an. Dieser Seitenwechsel war Ausdruck des schwindenden Vertrauens in die Lebenskraft des Marcos-Regimes, vielleicht einiger angestauter Frustrationen (der beiden gegenüber Ver und auch Imelda), der (Fehl-)Informationen über eine bevorstehende Verhaftung und möglicherweise amerikanischer Ermunterungen (auf unterer Ebene). Obwohl die Rebellion schlecht vorbereitet war, leitete sie den Sturz von Marcos ein.

Die offensichtliche Spaltung nun auch der Armee als seiner wichtigsten Stütze sowie die Aussicht auf einen blutigen Bürgerkrieg innerhalb der (antikommunistischen) Elite überzeugten Präsident Reagan davon, daß Marcos nicht mehr zu halten war. Marcos hätte gewiß diese Rebellion noch mit militärischen Mitteln beenden können. Die Hunderttausende auf den Zufahrtsstraßen (People's Power) konnten das Rebellenhauptquartier nämlich nur solange „schützen“, wie die Marcos-Panzereinheiten nicht den Befehl bekamen, zu schießen. Durch ein derartiges Gemetzel — wie wir es dennoch immer wieder in Dritte-Welt-Staaten erleben müssen — wäre allerdings in dieser Situation kaum viel gewonnen worden. Auf Druck der USA nahm Marcos davon Abstand. Seine Situation war aussichtslos geworden. Erst als der amerikanische Präsident ihm dies ausdrücklich bestätigte (über zwei Telefonate mit dem US-Senator Laxalt), gab Marcos auf. Nachdem er sich noch am Vormittag zum Präsidenten hatte vereidigen lassen, verließ er am Abend des 25. Februar 1986 den Malacanang-Palast und am nächsten Tag das Land, um sich nach Hawaii ins Exil zu begeben.

²⁵) Es blieben dennoch zwei weitere Kandidatenspanne, deren Aussichten jedoch von vornherein so gering eingeschätzt wurden, daß sie dann tatsächlich auch keine Rolle spielen konnten.

²⁶) R. J. Kessler, Marcos and the Americans, in: Foreign Policy, (1986) Sommer, S. 50.

Bevor wir uns den Problemen der neuen Regierung zuwenden, ist es sinnvoll, einen kurzen Blick auf die Hinterlassenschaft des Marcos-Regimes und dessen Ansprüche und Leistungen zu werfen. Dazu ist auch ein kurzer Blick auf das politische System vor Marcos notwendig, das er seit 1972 erheblich umgestaltete.

Das demokratisch-oligarchische System vor Marcos

Das demokratische System (unter einer Verfassung von 1934) war weitgehend am nordamerikanischen Vorbild orientiert, inklusive zweier miteinander konkurrierender Parteien, die sich kaum politisch voneinander unterschieden²⁷). Es wurde allerdings weitgehend von der (ursprünglich landbesitzenden) Oligarchie, zunehmend allerdings auch von Vertretern des prosperierenden Mittelstandes, die z. T. in die Oligarchie einheirateten, beherrscht²⁸).

²⁷) Zum demokratischen System vgl. u. a. C. Landé, *Leaders, Factions, and Parties. The Structure of Philippine Politics*, Yale 1965, und den Reader von J. V. Abueva/R.-P. de Guzman (Eds.), *Foundations and Dynamics of Filipino Government and Politics*, Manila 1969; ferner zu den Kongreßwahlen: Carl H. Landé/A. J. Cigler, *Competition and Turnover in Philippine Congressional Elections, 1907—1969*, in: *Asian Survey*, (1979) Oktober; zur Arbeitsweise des Parlaments: *The Philippine Congress: Causes of Structural Change*, Beverly Hills—London 1975; zur Lokalpolitik: B. J. Kerkvliet (Ed.), *Political Change in the Philippines: Studies of Local Politics Preceding Martial Law*, Hawaii 1974.

²⁸) Zur Illustration dafür sollen die deklarierten Jahreseinkommen für 1967 derjenigen (24) Senatoren angeführt werden, die die (Familien-) Kontinuität der philippinischen Politik verdeutlichen. Damals lag der Mindestlohn zwischen 1 100—1 500 Peso (3,8 Peso = 1 US-Dollar). Vier der damaligen Senatoren waren Söhne früherer Präsidenten, Gerardo Roxas (Vater Manuel war 1946—1949 Präsident, Einkommen 43 000 Peso) und Sergio Osmena (Vater Sergio war 1944—1946 Präsident, 1969 unterlegener Präsidentschaftskandidat gegen Marcos, 529 000 Peso), sowie R. Maqsaysay (Vater Ramon war 1953—1957 Präsident, 23 000 Peso) — alle drei waren lange unter Marcos inhaftiert — und Salvador Laurel (Vater Jose P., Präsident 1943—1945, 104 000 Peso, der heute Vizepräsident und Premierminister ist. Der 1983 ermordete Benigno Aquino deklarierte 301 000 Peso als Jahreseinkommen. In der Marcos-Partei waren z. B. aktiv Pelaez (161 000 Peso), Puyat (130 000 Peso) und Arturo Tolentino (53 000 Peso), Außenminister 1984/85 und Vizepräsidentschafts-Kandidat hinter Marcos 1986.

Zum Vergleich: Das Nettovermögen, wie es von einigen Mitgliedern der Aquino-Regierung freiwillig deklariert wurde (20 Peso = 1 US-Dollar): Tourismus-Minister Gonzales hält hier mit 81 Mio. Peso die Spitze, Frau Aquino gibt 17,6 Mio. Peso, Verteidigungsminister Enrile (nur) 23,5 Mio. Peso an. P. D. Hutcheon, *Power in the Philippines: How Democratic is Asia's 'First Democracy'?*, in: *Journal of Asian and African Studies*, 6 (1971) 1, S. 209f; Südostasien aktuell, (1986) Mai, S. 253.

Vorherrschendes Organisationsprinzip war auch damals der Klientelismus. Durch Verfügung über private und zunehmend staatliche Ressourcen verstand man es, sich eine politische Gefolgschaft aufzubauen. Die allgemeinen Wahlen zu den politischen Ämtern wurden nicht ganz unblutig ausgefochten; sie ermöglichten aber eine Abwahl der jeweiligen Amtsinhaber und damit eine Zirkulation der Eliten, die im übrigen in politischen Fragen weitgehend durch einen Herrschaftskonsens verbunden waren.

Linke oder reformerische Bewegungen oder Parteien hatten in diesem System praktisch keine Chancen. Obwohl formalrechtlich zentralistischer organisiert als etwa die USA, ruhte die tatsächliche Macht doch dezentralisiert in den Provinzen, wo die großen Familien die Vorentscheidungen über die Kandidatur für die politischen Ämter trafen (und allenfalls gegeneinander konkurrierten), eigene Privatarmeen unterhielten, den Zentralstaat recht schwach hielten, indem sie keine Steuern zahlten, den Kongreß weitgehend zu lokaler Repräsentation mißbrauchten und eine nationale Formulierung der Politik weitgehend verhinderten.

Das Kriegsrechtsregime: Hintergründe und Ansprüche

Die Auflösung dieser Institutionen 1972 ermöglichte Marcos nicht nur eine sonst kaum durchsetzbare unbegrenzte Verlängerung seiner Amtszeit²⁹). Er versuchte ihr auch eine positive Begründung zu geben. Marcos wollte die Verhängung des Kriegsrechts als eine „Revolution“ zur Schaffung einer „Neuen Gesellschaft“ verstanden wissen. Durch Stärkung und Zentralisierung der Staatsfunktionen sollten die Bedingungen für eine bessere privatkapitalistische Entwicklung gelegt werden. Das setzte eine Verbesserung der allgemeinen Rechtsverhältnisse voraus. Dazu gehörte die effizientere Bekämpfung der seit 1969 sich mit einer neuen Dynamik entwickelnden kommunistischen Guerilla, die Beendigung des latenten Bürgerkrieges auf der Südünsel Mindanao zwischen Moslems und Christen (um Landrechte), die Zurückdrängung der wachsenden (Straßen-)Kriminalität, die Entmachtung der lokalen Autoritäten (u. a. durch

²⁹) Zum Kriegsrechtsregime allgemein u. a. die Sammelbände von D. Rosenberg (Ed.), *Marcos und Martial Law in the Philippines*, London 1979, und J. Bresnan (Ed.), *Crisis in the Philippines. The Marcos Era and Beyond*, Princeton 1986; außerdem die beiden Fallstudien: J. Rüländ, *Politik und Verwaltung in Metro Manila. Aspekte der Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System*, München 1982; sowie R. Hanisch, *Der Staat, ländliche Armutgruppen und legale Bauernbewegung in den Philippinen*, Baden-Baden 1983.

Entwaffnung von deren Privatbanden) sowie eine Garantie für ausländische Privatinvestoren (durch Neutralisierung der wachsenden nationalistischen Bewegung).

Dies erforderte eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital durch weitere Maßnahmen: durch den Ausbau der materiellen Infrastruktur, finanziert durch Anhebung der Steuerextraktionsrate und durch (auswärtige) Kreditaufnahme; durch eine rationalere Verwaltung (einige tausend Beamte wurden 1972 wegen „Korruption und Mißwirtschaft“ entlassen) und Gesetzgebung (das unendlich langwierige parlamentarische Gesetzgebungsverfahren wurde durch Präsidentendekrete ersetzt); schließlich durch eine Kontrolle der Arbeiterbewegung (u. a. Verbot von Streiks, klientelistische Einbindung der Gewerkschaftsführer in das System) und durch den Ausbau des staatlichen Lenkungs- und Regulierungsapparates, um Prioritäten festlegen und gegenüber dem Weltmarkt einheitlich auftreten zu können (etwa durch Vermarktungsmonopole).

Durch eine verstärkte Bereitstellung von Betriebsmitteln und Krediten sowie eine Land- und Pachtreform sollte der bisher rückständige Grundnahrungsmittelsektor (Reis, Mais) dynamisiert werden, durch Förderung neuer Exportsektoren (Bananen, Tourismus) sollte die Außenwirtschaftsstruktur diversifiziert, die durch die bisherige protektionistische Politik teuren und kaum konkurrenzfähigen Binnenmarktindustrien durch Entwicklung von Exportindustrien und schließlich auch von Grundstoffindustrien ergänzt werden.

Politisch bedeutete dieses Programm eine Entmachtung der bisher einflußreichen Oligarchie. Einigen, wie Benigno Aquino (1972—1980 inhaftiert), wurden die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen. Anderen, wie Salvador Lopez (einst Vize-Präsident unter Quirino 1949—1953 und Marcos 1965—1971), wurde auch der Besitz genommen oder z. T. entzogen, wie durch die Landreform im Reis- und Maissektor, oder immerhin kontrolliert, wie im Zuckersektor durch eine staatliche Monopolbehörde und staatliche Banken³⁰). Ein Teil der Oligarchie fand sich allerdings zu einer aktiven Kooperation mit dem Marcos-Regime bereit und vermochte so — jedoch in Abhängigkeit vom Regime — seine Macht zu konsolidieren. Andere suchten sich nur so weit wie nötig zu arrangieren oder verharren in der Opposition bzw. gingen ins Exil.

Die politische und die Wirtschaft regulierende Macht wurde im Staat zentralisiert und von (pro-

fessionellen) Technokraten und Militärs, die zunehmend auch in zivile Behörden einrückten, verwaltet. Die gesellschaftlichen Kräfte suchte das Regime korporatistisch, d. h. in einheitlichen, hierarchisch gegliederten, vom Regime klientelistisch abhängigen Verbänden — allerdings etwas unentschlossen und letztlich nicht konsequent — zu organisieren.

Defizite und Leistungen des autoritären Regimes

Auch wenn dieses Entwicklungsmodell durchaus nicht ohne Plausibilität ist und in der theoretischen Literatur seine Befürworter findet, so erwies sich sein zentrales Defizit doch in der Praxis: Die Zentralisierung und Verstaatlichung der politischen Macht bedeutete nicht eine irgendwie gearbete Rationalisierung im Rahmen einer „Entwicklungsdiktatur“, sondern deren erneute monopolistische Privatisierung durch den Marcos-Clan. Investitionsentscheidungen des Staates und die Tätigkeit seiner Regulierungsbehörden gingen nicht primär von kollektiv realisierbaren wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Überlegungen aus. Sie wurden hingegen von politischen und nur individuell-privat realisierbaren Kalkülen überlagert, z. T. ganz verdrängt. Damit wurde einerseits die Absicht verfolgt, durch eine Ausweitung des (staatlich finanzierten) Klientelsystems die politische (Massen-)Basis zu verbreitern, zum anderen für einen exklusiven Kreis von Kumpanen („cronies“) die Möglichkeit eröffnet, über die politische Sphäre — und eben nicht allein durch ihre privatwirtschaftliche Unternehmertätigkeit und Leistung — große (private) Vermögen anzuhäufen. Das gab es vor Marcos zwar auch schon — aber längst nicht in dieser Intensität und Reichweite.

Einige der Kumpane übten neben ihren privatwirtschaftlichen auch selbst staatlich-hoheitliche Funktionen aus. Hier sind insbesondere die „Zaren“ des Zucker- (Roberto Benedicto) und des Kokosnußsektors (Eduardo Cojuangco), aber auch der alte und neue Verteidigungsminister Enrile (u. a. im Kokosnuß- und Holzsektor) sowie der zeitweilige Handelsminister unter Marcos und Vorsitzende der Präsidentschaftskommission für Regierungsreorganisation unter Aquino, Luis Villafuerte, sowie natürlich die Präsidentenfamilie — mit ihren Eltern, Onkeln, Geschwistern, Vettern und Kindern — zu erwähnen. Im Zentrum dieses Systems standen Ferdinand Marcos und seine Frau Imelda, die ganz großen, aber auch mittleren und kleinen unmittelbaren Nutznießer und Profiteure waren jedoch breit gestreut. Sie garantierten die lange Stabilität und die bis heute längst nicht ganz erloschene Popularität des Regimes in Teilen der Bevölkerung.

Unter dem Marcos-Regime wurde die Infrastruktur erheblich ausgebaut und verbessert, die Nah-

³⁰) Vgl. u. a. P. Makil, *Mobility by decree: the rise and fall of Philippine influentials since Martial Law*, Quezon City 1975; D. Wurfel, *Elites of wealth and elites from power, the changing dynamics: A Philippine case study*, in: *Southeast Asian Affairs*, 1979.

rungsmittelproduktion (bis zur Deckung der Eigennachfrage) gesteigert, durch Pacht- und Landreform die Abgabenbelastung eines kleinen, aber nicht unwesentlichen Teils der ländlichen armen Bauern vermindert³¹⁾, die Industrialisierung für den Export stark, im Grundstoffbereich in den Ansätzen ausgebaut³²⁾. Dabei sind zahlreiche schlechte oder doch fragwürdige Projekte und Programme finanziell zu teuer und/oder auf Kosten der betroffenen Menschen in Angriff genommen oder realisiert worden. Viele unseriöse Unternehmen (von Kumpanen), die bankrott gingen, wurden vom Staat übernommen.

Die Wirtschaft wurde damit zunehmend in eine gemischte staatskapitalistische Richtung gedrängt. Die Steuerrate konnte in den siebziger Jahren zwar angehoben werden, ging dann aber wieder zurück. Die Ausweitung der Staatstätigkeit mußte so vor allem durch innere und äußere Verschuldung finanziert werden. Die Armutgruppen erlebten im großen und ganzen — trotz amtlicher Rhetorik, zahlreicher Sozialprogramme und einer sich immer stärker ausfächernden Mindestlohngesetzgebung — keine Verbesserung ihrer Lage. Die Reallöhne fielen namentlich in der ersten Hälfte der siebziger und in den achtziger Jahren dramatisch. Einem großen Teil der Filipinos — statistische Untersuchungen sprechen von mehr als zwei Dritteln — ist die Deckung der elementaren Grundbedürfnisse ein täglicher Kampf, eine alltägliche Herausforderung.

Probleme und Perspektiven der Regierung Aquino.

Die heterogene neue Koalition

Corazon Aquino ist von einer heterogenen Koalition in die Präsidentschaft getragen worden. De-

³¹⁾ Die Agrarreform wird häufig als ein Nicht-Ereignis beschrieben, so u. a. auch von der Aktionsgruppe Philippinen (Anm. 2). Sie hatte zwar eine begrenzte Reichweite und genügte in den 13 Jahren ihrer bisherigen Laufzeit nicht ihren Ansprüchen. Positiv wurden aber immerhin für 180 000 Pächter die Beziehung zu ihrem Landbesitzer aufgelöst und ein guter Teil der übrigen etwa 800 000 Pächter im Reis- und Maissektor dürfte eine Reduzierung ihrer Pachtleistung erlebt haben. Dem steht allerdings ein z. T. dramatisches Anwachsen der Landlosen gegenüber. Brian Fegan (in R. J. May/F. Nemenzo, Anm. 3, S. 164 ff) sieht in dieser Gruppe die neue „dominante Klasse im Dorf“. In den Kleinstädten werden die bisher einflußreichen Landbesitzer („Gentry“) zunehmend durch eine neue Mittelklasse des ländlichen Inputhandels und von Serviceindustrien verdrängt, die allerdings wiederum alle an der langen Leine durch staatliche Behörden gehalten werden. Zu den Problemen der Administration bei der Agrarreform siehe R. Hanisch, Decision-making processes and problems of implementation of the land reform in the Philippines, in: Asia Quarterly, (1977) 4, (1978) 1.

Die Rebellion der Moslems, die sich nach Verhängung des Kriegsrechts zunächst intensiviert, konnte, nicht zuletzt aufgrund einer geschickten Diplomatie und interner Zwistigkeiten der Moslemführer, weitgehend zurückgedrängt, jedoch nicht beendet werden³³⁾. Gegen die kommunistische Guerilla wurden allenfalls einige Anfangserfolge erzielt. Sie stand am Ende der Marcos-Ära wesentlich stärker da als zum Zeitpunkt der Verhängung des Kriegsrechts³⁴⁾. Das Kriegsrechtsregime und auch die Zeit danach brachte die Aufhebung und Einschränkung zahlreicher bürgerlicher Freiheiten und — wie erwähnt — die rechtliche oder faktische Aufhebung der Gewaltenteilung. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch das Regime und seine Organe, durch lokale Instanzen und lokale Gewalten, deren Aktionen letztlich staatlich toleriert wurden, sind zu beklagen. So bedauerlich jeder Einzelfall ist und wie Recht die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit herausfordert und häufig auch gefunden hat³⁵⁾, so darf zur Einschätzung der philippinischen Verhältnisse unter Marcos dennoch nicht übersehen werden, daß es in anderen Staaten Asiens schlimmere Menschenrechtsexzesse gab und gibt und vielfach die staatliche Gewalt manifester, der Meinungsterror bedrückender ist als selbst in den meisten Kriegsrechtsjahren unter Marcos. Ob unter dem neuen Regime — auch außerhalb Manilas, in der ländlichen Provinz — eine nachhaltige Verbesserung eintritt, wird sich noch zeigen müssen.

ren führende Vertreter, die neuen Kabinetttmitglieder, Leiter wichtiger Regierungsbehörden und der Ausschüsse, gehören zwar überwiegend dem

³²⁾ Dennoch ging der relative Anteil der in der Industrie Beschäftigten zurück. Zwei kritische philippinische Wissenschaftler sprechen daher von einem „Prozeß der Deindustrialisierung“: René Ofreño/E. P. Habana, The Structural Adjustment Program of the Philippines: Impact on Employment and Employment Patterns, in: Vierteljahresberichte Nr. 104, Juni 1986.

³³⁾ Vgl. dazu u. a. R. J. May, Muslim and tribal Filipinos, in: R. J. May/F. Nemenzo (Anm. 13).

³⁴⁾ Dazu u. a. D. A. Rosenberg, Communism in the Philippines, in: Problems of Communism, (1984) September/Okttober; J. P. Magno/J. A. Gregor, Insurgency and Counterinsurgency in the Philippines, in: Asian Survey, (1986) Mai. Magno ist Offizier der philippinischen Armee.

³⁵⁾ Hier ist immer wieder die verdienstvolle Arbeit von amnesty international zu erwähnen, die mehrere Berichte speziell zu den Philippinen vorgelegt hat; außerdem neuerdings die von den christlichen Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik und der Schweiz herausgegebene Schrift: Der Schmerz, der nicht aufhört, bis Gerechtigkeit geschieht. Aufgaben der Menschenrechtsarbeit in den Philippinen heute, Hamburg 1986, sowie des

(alten und neuen) Besitzbürgertum an, organisatorisch — etwa in einer Partei — haben sie aber noch keine gemeinsame Plattform gefunden. Noch herrscht ein Konsens über die zentralen Fragen, die zu lösen sind. Corazon Aquino selbst hat keine eigene institutionalisierte politische Basis — außer ihrer Popularität in breiten Kreisen der Bevölkerung, die jedoch nicht in allen Teilen des Landes gleichermaßen gegeben ist. Ihre Popularität beruht zudem z. T. auf naiven Hoffnungen und Erwartungen, die nur enttäuscht werden können. Ohne organisierte politische Basis dürfte es ihr auf (selbst mittelfristige) Dauer schwerfallen, sich als exekutiver Präsident — mit auch notwendigen unpopulären Entscheidungen — durchzusetzen. Die Rolle einer der Tagespolitik entrückten präsidentialen „Landesmutter“, die den Gesamtstaat integriert und repräsentiert, dürfte ihr dagegen eher gelingen und ihrem Naturell eher entsprechen.

Das gegenwärtige Regime wird getragen von dem Zweckbündnis einer uralten Marcos-Opposition (Aquino, Salonga, Diokno, Landwirtschaftsminister Mitra), von Oppositionellen, die sich erst nach dem Kriegsrecht einen Namen gemacht haben (so der Minister für Lokalverwaltung Pimentel), von politisch bisher nur indirekt aktiven Marcos-kritischen Unternehmern (Minister für öffentliche Arbeiten Mercado, Handels- und Industrieminister Concepcion, Finanzminister Ongpin) von Wissenschaftlern (Planungsministerin Monsod) und Menschenrechtsanwälten (Arbeitsminister Sanchez/Agrarreformminister Alvarez/Exekutivsekretär Arroyo) sowie von Politikern, die mit Marcos lange Zeit kooperiert, aber schon vor einigen Jahren (Laurel, Villafuerte) oder erst kurz vor seinem Sturz (Enrile, Ramos) mit ihm gebrochen haben. Es wird unterstützt und kritisch begleitet von Institutionen, die zum Sturz von Marcos beigetragen haben und die durch Vertrauensleute in der Regierung vertreten sind: der katholischen Kirche (Concepcion, Erziehungsministerin Quisumbing), einem Teil der zielorientierten Selbsthilfe- und Protestgruppen (Rogaciono Mercado) und der Armee, soweit sie loyal hinter Enrile und Ramos steht. Nicht weniger als drei Minister (Enrile, Laurel, Pimentel) haben eigene (Präsidentschafts-)Absichten und suchen ihre Aussichten — auch gegeneinander — in der gegenwärtigen (Übergangs-)Regierung zu verbessern und — möglicherweise — den für sie günstigsten Zeitpunkt des Absprungs abzuwarten.

Aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung ist die Neigung der Aquino-Regierung, grund-

(neuen) Botschafters der Aquino-Regierung in Bonn, des angesehenen Rechtsprofessors und Wirtschaftsberaters Laurel, Caesar Espiritu, Law and Human Rights in the Development of ASEAN (with special reference to the Philippines), Singapore: Friedrich-Naumann-Stiftung 1986.

legenden Entscheidungen auszuweichen, groß. Dennoch muß sie sich einer Reihe von Problemen stellen, deren Lösung schwierig und deren Behandlung genügend Konfliktstoff für ein (frühzeitiges) Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Koalition liefern könnte.

Das Problem der Legitimität der Revolutionsregierung

Schon über das erste anstehende Problem — der Frage nach der Legitimität der Regierung — herrschten Meinungsverschiedenheiten. Genau genommen war Corazon Aquino nur durch die Vermutung über einen Wahlsieg, ihre demonstrative Unterstützung durch die hauptstädtischen Massen und die aktive Rebellion eines kleinen Teils der Armee ins Amt gelangt. Legal war dieser Weg nicht, konnte er nach Lage der Dinge nicht sein.

Dennoch gab es Bestrebungen im Kabinett und der Marcos-Partei, die Legalität der Regierung Aquino anzunehmen und die Amtsgeschäfte auf der Basis der (Marcos-)Verfassung von 1973 zu führen. Dies hätte den Nachteil gehabt, daß nahezu die gesamte politische Infrastruktur — das Parlament, die Behörden sowie die kommunalen Ämter — in der Hand von Marcos-Anhängern geblieben wäre, mit denen kooperiert hätte werden müssen.

Einen Monat nach Ablösung von Marcos wurde der revolutionäre Charakter der Aquino-Regierung mit einer Interims-Verfassung proklamiert. Das Parlament wurde aufgelöst, Gouverneure und Bürgermeister — die z. T. zähen, hinhaltenden Widerstand leisteten —, außerdem höhere Beamte und Botschafter wurden durch Anhänger des neuen Regimes ersetzt, z. T. längst überfällige Pensionierungen von Marcos-loyalen Offizieren wurden vorgenommen.

Rechtsformalisten, wie der ehemalige Vizepräsidentenkandidat Tolentino, sehen damit bei Frau Aquino mehr Macht konzentriert als bei Marcos. Tatsächlich ist deren politische Basis — wie erwähnt — weit brüchiger. Ihre Diktaturvollmachten sind nur eine Übergangslösung. Politische Parteien, auch die Marcos-Partei KBL und eine Abspaltung unter dem ehemaligen Arbeitsminister (und früheren Präsidentschaftsaspiranten) Blas Ople, wurden nicht verboten. Dem freigelassenen ehemaligen CPP-Führer José Sison wurde die Gründung einer neuen (kommunistischen) Partei (Partido mg Bayan) gestattet, die ihren Gründungskongreß im August abhielt und über beträchtliche finanzielle Ressourcen zu verfügen scheint. Viele bürgerliche Freiheiten (Demonstrationsrecht, Streikrecht, Pressefreiheit usw.) wurden staatlicherseits liberalisiert, viele politische Gefangene wurden entlassen.

Im Juni 1986 wurde eine Verfassungskommission eingesetzt, über deren Vorschlag — im wesentlichen eine Rückkehr zu den Institutionen von 1935 (die bis 1972 existierten) — Ende des Jahres in einem Referendum abgestimmt werden soll. Für März 1987 sind Wahlen zu den beiden Kammern des Nationalparlaments und zu den kommunalen Körperschaften vorgesehen. Erst dann kann der Redemokratisierungsprozeß im formalen Sinne als abgeschlossen gelten — wenn es dazu kommen sollte.

Die Frage der Menschenrechte und das Verhältnis zum Kommunistischen Untergrund

Für die bisherige Opposition mußte die Durchsetzung der Bürgerrechte — inklusive Entlassung der politischen Gefangenen sowie die Einsetzung einer „sauberen Verwaltung“ — ein zentrales Anliegen sein. Gegen den Widerstand von Verteidigungsminister Enrile und General Ramos wurden alle politischen Häftlinge (in Manila) entlassen — auch die gefangenen kommunistischen Guerilleros wie u. a. der Gründer der Kommunistischen Partei (CPP), José Sison (seit 1977 inhaftiert).

Die Entlassung auch der kommunistischen Gefangenen war sicher allein schon deshalb geboten, um die Voraussetzung für den Versuch eines Ausgleichs mit ihnen zu schaffen. Enrile, oberster Kriegsrechtsverwalter unter Marcos (1972—1980), sieht diese Bemühungen — gewiß aus nicht ganz uneigennütigen Motiven — von vornherein als aussichtslos an. Tatsächlich halten die militärischen Auseinandersetzungen unvermindert an, wobei unklar ist, ob die Militanten unter den Militärs und der New People's Army (NPA) hier vorpreschen, um von vornherein jeden Ausgleich unmöglich zu machen. Allerdings scheinen die Aussichten dafür denkbar schlecht.

Anders als die bürgerliche Marcos-Opposition kämpft die Kommunistische Partei nicht nur gegen das Marcos-Regime — als einem „Handlanger des US-Imperialismus“ —, sondern darüber hinaus für eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Lande. Sie ist die einzige kommunistische Guerillabewegung in Asien, die sich auf dem Vormarsch befindet. Aus diesem Gefühl der (wachsenden) Stärke dürfte sie allenfalls zu einer Art Doppelherrschaft³⁶⁾ bereit sein, wie sie zeitweise in Laos und Süd-Vietnam praktiziert wurde. Dort waren die Kommunisten allerdings noch wesentlich stärker, kontrollierten ganze Provinzen — und suchten schließlich nur einen günstigen Zeitpunkt, die Macht im ganzen Lande zu ergreifen. Allein eine Amnestie bei Ablieferung der

³⁶⁾ Waffenstillstand unter Beibehaltung der eigenen bewaffneten Kräfte, eigenständige Administration der jeweils kontrollierten Gebiete, u. U., wie einst in Laos, Mitwirkung in der nationalen Regierung.

Waffen dürfte für die philippinischen Kommunisten jenseits jeder Erwägung liegen. Selbst inhaltlich-politische Angebote, die zu ihrem Forderungskatalog gehören (etwa Kündigung der US-Basen) und Reformen (Agrarreform), dürften ihren harten Kern kaum zum Aufgeben bewegen, da es sich dabei immer nur um Reformen innerhalb des bestehenden Systems und der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht aber um nach ihrer Doktrin (erste) Schritte zu deren grundlegenden Überwindung handeln kann.

Die Ablösung des Marcos-Regimes, verbunden mit der Durchführung einiger wichtiger Sozialreformen, bietet dennoch die Chance, daß einige Aktivisten, Mitläufer und Sympathisanten ihre Waffen niederlegen und im Post-Marcos-System legal mitarbeiten. Ansatzpunkte bieten sich insbesondere bei den NDF-Mitgliedern³⁷⁾, bei denen nicht allein Marx und Mao Ideologie und Zielrichtung bestimmen, sondern christliche Soziallehre („Basistheologie“) und die Interessen ethnischer Minderheiten sowie andere örtliche Gegebenheiten der dezentral operierenden Guerilla. Erste Erfolge, deren Dauerhaftigkeit nicht beurteilt werden kann, wurden hier, ebenso wie mit der moslemischen Guerilla, schon erzielt.

Es ist jedoch mehr als zweifelhaft, ob die Regierung überhaupt substantielle Zugeständnisse bzw. (Sozial-) Reformen anbieten kann³⁸⁾. Ihre diesbe-

³⁷⁾ Die Nationaldemokratische Front (NDF) wurde 1973 als Volksfront durch die CPP gegründet, mit der diese auch Linkskatholiken, Nationalisten und andere Marcos-Oppositionelle zu organisieren versucht. Die NDF hat ihre Rolle, das gesamte linke Anti-Marcos-Spektrum zu organisieren, aufgrund der engen Kontrolle durch die CPP nur bedingt erreicht. Die Auslandspropaganda der CPP wird weitgehend durch die NDF durchgeführt. Anfang 1985 versuchten die Kommunisten daher zusammen mit führenden Nationalisten (Diokno, Tanada) und Oppositionellen (Butz Aquino, dem Schwager der heutigen Präsidentin) durch Gründung von Bayan einen weiteren Volksfrontversuch, aus dem sich die führenden Nicht-Kommunisten aber auch bald wieder zurückzogen. Neben der die Guerilla führenden (ursprünglich „maoistischen“) CPP gibt es auch noch die (Moskau-orientierte) PKP, in der die alten Herren (Alejandrino, Lava) des Huk-Aufstandes der vierziger und frühen fünfziger Jahre wirken. Sie hatte 1973 das Kriegsrechtsregime von Marcos anerkannt und dadurch einen quasi-legalen Status ausgehandelt. Angesichts der jüngsten Entwicklung dürfte ihre Bedeutung noch weiter zurückgegangen sein.

³⁸⁾ Als Nagelprobe wird allgemein die Fortführung und Erweiterung der Agrarreform angesehen. Die bisherige Entwicklung ist nicht sehr ermutigend. Es dauerte zwei Monate bis mit dem Menschenrechtsanwalt Heherson Alvarez überhaupt ein neuer Minister berufen wurde — nachdem zuvor sogar ein reicher Zuckerpflanzler aus Negros (Wilson Gamboa) im Gespräch gewesen war. Alvarez erlitt inzwischen seine erste Schlappe, als er die Ausweitung der Reform auf den Zucker- und Kokosnußbereich ankündigte, was von Frau Aquino später dementiert wurde. Dabei ist es vielleicht nicht ohne Interesse, daß der heutige Premierminister Laurel als Senator im alten Kongreß noch als Sozialreformer auftrat und ein Hauptsponsor des (effektiv fast folgenlosen)

zügliche Fähigkeit wird nicht nur durch ihre eigene gesellschaftliche Basis, die Verflechtung des Landes mit der internationalen Ökonomie, die im Kern nicht aufgegeben werden soll und kann, und die anhaltend starke Stellung des Militärs und namentlich Enriles stark eingeschränkt. Gelingt keine Beendigung des Guerillakrieges, wird es immer schwerer sein, militärische Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen des z. T. schlecht besoldeten und ausgerüsteten Militärs gegen die gewiß auch nicht zimperlichen Guerillas, gegen vermutete Sympathisanten und unbeteiligte Dritte unter Kontrolle zu bringen. Darüber hinaus sollten die nicht-staatlichen, allenfalls staatlich tolerierten, Menschenrechtsverletzungen nicht übersehen werden, wie sie immer schon — auch vor Marcos — alltäglich waren und noch sind: die brachiale Militanz der Besitzenden mit ihren Schlägerbanden und Sicherheitsdiensten gegen jegliche Opposition linker Gewerkschaftler, Arbeiter, Bauern, Pächter, Menschenrechtsaktivisten auf lokaler Ebene, die als „Kommunisten“ diffamiert werden. Auch dieses Problem dürfte die Regierung Aquino schwer in den Griff bekommen — vermutlich werden die meisten ihrer Mitglieder es nicht einmal als solches erkennen wollen.

Das Verhältnis zu den Marcos-Loyalisten und die Rolle Enriles

Die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen des Militärs durch die Diokno-Kommission sowie das Aufspüren des illegal erworbenen Marcos-Vermögens³⁹⁾ und das seiner Kumpane durch die Salonga-Kommission haben nicht nur die Funktion, begangenes Unrecht aufzudecken und rechtsstaatlich zu behandeln, d. h. so weit möglich den Schaden wieder gutzumachen. Damit sollen auch die Verfehlungen des Marcos-Regimes dokumentiert und etwaigen politischen Comeback-Versuchen der Boden entzogen werden. Das Engagement der beiden hochangese-

Landreformgesetzes von 1971 gewesen ist. (vgl. Laurel, This Land is Mine. A Primer on the New Land Reform Code, Manila 1972). Der Gatte der heutigen Präsidentin, der damals junge Senator Benigno Aquino, trat sogar für eine Landreform der Großplantagen ein, die allerdings nicht aufgeteilt, sondern von den Pächtern als Kapitaleignern kontrolliert und von einem professionellen Management geführt werden sollten (vgl. A Proposal for Cooperative Ownership: Looking Ahead, in: Solidarity, vol. 2:8, 1967, S. 39—46).

³⁹⁾ In diesem Zusammenhang wird von einem (geschätzten) Marcos-Vermögen zwischen 5—10 Mrd. US-Dollar gesprochen. Das dürfte mehr als übertrieben sein und allenfalls die Größenordnung des gesamten Fluchtkapitals des Marcos-Romualdez-Clans, ihrer Kumpane und ihrer Opposition, umreißen. Realistischer sollte man von einem Vermögen von mehreren hundert Millionen Dollar ausgehen. Dies stellt — angesichts des extravaganten Lebensstils und einem akkumulierten Präsidentengehalt von kaum 400 000 US-Dollar (seit 1965) — sicher schon ein starkes Gaunerstück dar.

henen, unbestechlichen Rechtsanwälte wird von vielen Mitgliedern der Regierung jedoch mit gemischten Gefühlen, von einigen mit Ablehnung verfolgt.

Auch hier steht Enrile im Mittelpunkt, der einerseits die Armee intakt und geschlossen hinter sich zu halten sucht, andererseits aber selbst einer der wichtigsten Kumpane des Marcos-Regimes war. Enrile wird so zunehmend zu einer Belastung für die Aquino-Regierung — gleichzeitig jedoch zu ihrer unberechenbaren Stütze. Er befindet sich in einer paradoxen Doppelrolle, die nicht ohne Folgen bleiben kann. Die bisherigen Marcos-Anhänger, z. T. um ihre Stellen und Pfründe gebracht, sehen nämlich in ihm durchaus nicht den verabscheuungswürdigen Königsmörder, sondern setzen ihre Hoffnungen auf ein politisches Comeback gerade in ihn.

Nachdem die Marcos-Anhänger seit Ende April durch zahlreiche, allerdings meist kleinere Demonstrationen in Manila auf sich aufmerksam gemacht haben und Ferdinand Marcos vom fernen Hawaii durch intensiven Telefonkontakt erneut Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen versucht, nachdem man sich in Manila im Juni mit Putschgerüchten, die sich um die Person Enriles rankten, beschäftigte, suchten die Marcos-Loyalisten durch einen Operetten-Coup Mitte Juli die Entwicklung voranzutreiben. Unter dem Schutz von etwa 200 Soldaten und der Mitwirkung einer Handvoll höherer aktiver und gerade pensionierter Offiziere wurde der Vize-Präsidentschaftskandidat Arturo Tolentino zum amtierenden Präsidenten — „bis zur Rückkehr des rechtmäßigen Präsidenten“ — „vereidigt“. Tolentino ernannte Enrile zum Premier- und Verteidigungsminister. Dieser lehnte zwar ab, zeigte aber eine betont aufgeschlossene Haltung gegenüber den beteiligten Militärs, denen er Straffreiheit zusicherte. Enrile sah seine Zeit offenbar noch nicht gekommen. Inzwischen setzt er sich auch verbal immer häufiger in der Öffentlichkeit von der Aquino-Regierung ab, der er eine lasche Haltung gegenüber den Kommunisten vorwirft. Durch die Verhaftung des (vermutlich inzwischen entmachteten) Parteivorsitzenden Rafael Salas im September in Manila vermochte er vorübergehend sogar die Verhandlungen mit der NDF zu gefährden. Sein Verhalten legt den Schluß nahe, daß er die Armee und die Rechte auf zukünftige legale oder illegale Aktionen seinerseits vorbereiten, einstimmen und sammeln möchte. Auch in einem demokratischen Regime hätte er unter den gegebenen Verhältnissen, wenn er die Führung der Marcos-Anhänger zu übernehmen vermag, mit Unterstützung der Armee durchaus gute Chancen. Allerdings hat die Verfassungskommission sich auf eine sechsjährige Amtsperiode für Cory Aquino (ohne Möglichkeit der Wiederwahl) geeinigt. Dies mag für den heute Zweiundsechzigjährigen zu lange sein.

Eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise ist nicht in Sicht

Diese Unsicherheit über die Haltung und die Optionen Enriles beeinträchtigen den ohnehin geringen Handlungsspielraum der Regierung auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, wo leichte Erfolge zudem kaum zu erzielen sind. Der Sturz des Marcos-Regimes hat die erhoffte Steigerung der Investitionsbereitschaft durch Rückkehr des Fluchtkapitals und durch ausländische Investitionen bisher nicht bewirkt. Die notwendige Liberalisierung der Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte, die Diskussion über eine Eingrenzung der ausländischen Direktinvestitionen sowie über eine möglicherweise einseitige Prüfung der Anerkennung aller Auslandsschulden, ohne daß die Regierung sich bisher jedoch zu einer klaren Linie, zu einer amtlichen Politik durchzuringen vermochte, haben die Verunsicherung privater Anleger kaum abbauen können. Die Regierung Aquino vermochte bisher kaum wesentlich mehr Wirtschaftshilfe zu mobilisieren, als dies Marcos — vor der Wahlkrise — auch gekonnt hätte. Der erhoffte Marshall-Plan zum Wiederaufbau des Landes fand bisher jedenfalls nicht statt. Eine nachhaltige Verbesserung der Absatzbedingungen und der Weltmarktpreise für die darniederliegenden Exportsektoren, die eine gewisse Entspannung bewirken könnten, ist gleichfalls nicht in Sicht.

Vor allem die Auslandsverschuldung von über 26 Mrd. US-Dollar, deren dramatisch angestiegener Schuldendienst nur durch Umschuldungen und neue Schuldenaufnahme abgemildert, nicht aber beseitigt werden kann, sowie die tendenziell sinkenden eigenen Staatseinnahmen, die zudem vom abgelösten Regime z. T. schon im Vorwahl- und Wahlkampf verplempert wurden, gestatten der Aquino-Regierung nur einen engen finanziellen Handlungsspielraum einer aktiven Investitionsförderungs- und Sozialpolitik. Die beabsichtigten ländlichen Beschäftigungs- (im Infrastrukturbereich) und Kreditprogramme werden schwer finanzierbar sein. Unbeschadet ihrer sozialpolitischen Notwendigkeit (Arbeit und Einkommen für die Armen) kann darüber hinaus ihr langfristiger wirtschaftlicher Nutzen nicht garantiert werden. Auch das Marcos-Regime hat hier Aktivitäten vorzuweisen und mußte seine negativen Erfahrungen machen⁴⁰⁾.

Die Perspektiven

Die Lage breiter Bevölkerungsschichten auf dem Lande und in den Städten, die täglich um ihre Existenz kämpfen müssen, wird so kaum nachhaltig verbessert werden können, zumal die neue Regierung zu gesellschaftlichen Strukturreformen

⁴⁰⁾ Vgl. dazu u. a. meine Studie über ein Kleinbauernkreditprogramm: R. Hanisch, Probleme und Perspektiven des Kleinbauernkredites im Reissektor der Philippinen, Frankfurt 1982.

nicht bereit und in der Lage ist. So nutzt die Industriearbeiterschaft zwangsläufig ihren legal erweiterten Handlungsspielraum, um für die Anhebung der Reallöhne zu kämpfen und zu streiken. Trotz einer im Augenblick noch relativ niedrigen Inflationsrate sind diese berechtigten Forderungen aufgrund einer allgemeinen Unterauslastung der Kapazitäten meist nur schwer erfüllbar. Selbsthilfe- und Aktionsgruppen im informellen Sektor, im Wohnbereich, den Slums und den (wildem) Squattersiedlungen sowie auf dem Lande werden mittelfristig ihre lebensnotwendigen Forderungen mit verstärkter Militanz auf den Straßen und gegenüber den Behörden artikulieren und sich Unterwanderungsversuchen der NDF schwer entziehen können. Deshalb steht eine kommunistische Machtübernahme noch lange nicht bevor. Die von Marcos-Anhängern verbreitete Diffamierung Cory Aquinos als „Corynsky“^{40a)} — also des philippinischen Kerensky, die durch den Sturz der alten Ordnung im Februar die kommunistische „Oktoberrevolution“ vorbereitet(e) — ist durchsichtige parteiische Taktik.

Die alte und neue Oligarchie mag dennoch wieder fester zusammenrücken — vielleicht sogar unter stärkerer aktiver Beteiligung des Militärs im politischen Prozeß. Eine Abfolge instabiler, vom Militär gestützter Regime, ähnlich denjenigen in Süd-Vietnam (nach der US-geförderten Absetzung und Ermordung Diems), „bevor es in die Hand der Kommunisten fiel“, mag dabei das pessimistischste Szenarium sein⁴¹⁾. Eine Art militärisch gestützter Autoritarismus, wie er in Suhartos Indonesien herrscht, oder ein ständiges Gerangel der Militärs um die Macht in einem parlamentarischen Parteiensystem wie gegenwärtig in Thailand⁴²⁾, dürfte kaum wesentlich optimistischer stimmen.

Es wäre dem Lande allerdings nicht zu wünschen, wenn sich erneut nur ein Parteiensystem mit gegeneinander konkurrierenden oligarchischen Parteien entwickeln würde, wie es die Politik vor 1972 geprägt hat. Angesichts der Vielfalt der Parteien und Gruppierungen, die organisatorisch sogar in der Opposition zum Marcos-Regime nicht zusammengefunden haben, scheint den Philippinen noch ein steiniger Weg bevorzustehen. Wichtig und wünschenswert wäre, daß sich ein nationales Zwei- oder Dreiparteiensystem entwickelt, in dem eine Reformpartei der Nationalisten und der Sozialisten oder Sozialdemokraten mitwirken würde. Die Voraussetzung dafür wäre aber, daß ein möglichst großer Teil der Linken zu dieser

^{40a)} So: Adrian Christobal: Leadership is needed to avert reaction, in: Far Eastern Economic Review, 11. 9. 1986, S. 46.

⁴¹⁾ B. A. Aquino (Anm. 4), S. 184.

⁴²⁾ J. M. van der Kroef, Die Philippinen unter Corazon Aquino. Probleme der Legitimität und der Stabilisierung, in: Europa Archiv, 1986, S. 333.

Mitarbeit im parlamentarisch-demokratischen System überhaupt bereit ist. Die Unterwanderung vieler Aktions- und Selbsthilfegruppen durch die CPP dürfte dem indessen eher entgegenstehen. Diese Mitarbeit ist außerdem nur denkbar, wenn sie einige Aussicht auf Erfolg verspricht. Die Massenbasis der Linken und Nationalisten dürfte zwar heute größer sein als je zuvor — mehrheitsfähig sind sie jedoch sicherlich nicht.

Eine wirksame Repräsentanz im parlamentarischen System — als Minderheitspartei (und Opposition) oder Koalitionspartner im nationalen System, als Regierungspartei in einigen lokalen Systemen (Provinzen, Städten) — setzt einerseits

das Verhältniswahlrecht, andererseits die ungefährdete politische Betätigung vor physischen Einschüchterungsversuchen durch die Oligarchie (und ihrer Privatbanden, die aufzulösen wären) und des Militärs voraus. Ob die Bedingungen für diese politischen Reformen von der Aquino-Diktatur eingeleitet werden können, muß sehr skeptisch gesehen werden⁴³). Die Philippinen haben die politische, wirtschaftliche und soziale Krise noch längst nicht überwunden.

⁴³) Optimistischer in bezug auf die Reformfähigkeit der Aquino-Diktatur sind: C. H. Landé/R. Hooley, Aquino takes charge, in: Foreign Affairs, (1986) Sommer, S. 1107.

Der asiatisch-pazifische Mythos

„Atlantische Gegenwart — Pazifische Zukunft“?

Analog zum „Manifest“ von 1848 könnte man heute sagen: „Ein Gespenst geht um in Europa“ — das Gespenst des „Pazifischen Wunders. Die Gelehrten des alten Kontinents haben sich aufgemacht, um in Selbstmitleid und düsteren Verheißungen dem dahingeschwundenen Europa ein letztes Geleit zu geben und Erde auf seinen Sarg zu werfen“. Es ist die Rede von „Eurosclerose“, vom Rückzug in die „Festung Europa“, von der europäischen oder vielleicht sogar „deutschen Krankheit“. Man habe den „Anschluß verpaßt“. Das 20. Jahrhundert habe dem Atlantik gehört, das 21. Jahrhundert dagegen dem Pazifik.

„Atlantische Gegenwart — Pazifische Zukunft“ ist das Motto einer seit mehr als zehn Jahren andauernden weltweiten Diskussion, die sich mit den langfristigen wirtschaftlich-politischen Entwicklungstendenzen im asiatisch-pazifischen Raum befaßt. In der Zwischenzeit sind weltweit mehr als tausend Publikationen zur allgemeinen Situation im Pazifik und zu den Aussichten einer künftigen pazifischen Kooperationssphäre erschienen. Mit Recht kann man von der „Proliferation einer Idee“ sprechen, die ihrer Wirklichkeit weit vorangeeilt ist. Die Stellungnahmen zur „Wachstumodynamik der asiatisch-pazifischen Region“ sind von ständig wiederholten Grundthesen geprägt, die fast schon Lösungscharakter angenommen haben. Insbesondere wird das 21. Jahrhundert im Vorgriff als das „Pazifische Jahrhundert“ bezeichnet, das das gegenwärtige „Atlantische Jahrhundert“ ablöst.

Diese zuversichtliche stereotype Voraussage beruht nicht zuletzt auf einer „mechanischen“ Fortschreibung des Wachstums der Anteile der verschiedenen Weltregionen am Weltsozialprodukt während der letzten 25 Jahre. 1960 stellte die Atlantische Region (bewertet als Westeuropa plus halbes Sozialprodukt Nordamerikas) noch eindeutig die weltwirtschaftliche Schwerpunktregion dar. Auf sie entfiel ein Anteil von annähernd 50%. Westeuropa allein kam auf gut 26%, während die asiatisch-pazifischen Staaten (ohne Nordamerika) nur knapp 11% erreichten. Bis zum Beginn der achtziger Jahre hatte sich das Anteilsverhältnis deutlich verschoben. Der Pazifik erwirtschaftete jetzt 36%, der Atlantik hingegen nur noch 32%. Westeuropa allein kam auf knapp 17% und der Pazifische Raum ohne Nordamerika auf knapp 20%. Man kann davon ausgehen, daß sich diese Schere weiter öffnen wird.

Es ist nicht verwunderlich, wenn derartige internationale Gewichtverschiebungen das Bewußtsein der am weltwirtschaftlichen Austauschprozeß beteiligten Staaten entsprechend beeinflussen haben. Drei Entwicklungstendenzen waren hier von besonderer Bedeutung. Zum einen geht es um

die andauernde „Ost-West-Drift“ der Zentren wirtschaftlicher Aktivität auf dem nordamerikanischen Kontinent. Zum anderen handelt es sich um den Aufstieg Japans zum zweiten großen Akteur im Pazifik und zur Weltwirtschaftsmacht Nummer zwei vor der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Als drittes Grundphänomen ist die Herausbildung einer „Zwischenschicht“ von wirtschaftlich dynamischen Staaten zu nennen. Insbesondere Korea (Süd), Taiwan, aber auch die südostasiatischen ASEAN-Staaten sind dabei, sich von der Ebene der Entwicklungsländer „abzuheben“ (take off). Diese aufstrebenden Schwellenländer sind in ihren Entwicklungsstrategien mehr oder weniger stark auf das „Modell Japan“ ausgerichtet. Umgekehrt sieht sich Japan immer stärker als Mittelpunkt einer sogenannten asiatischen Hochwachstumsregion.

Demgegenüber scheint die allgemeine Stimmung in Westeuropa eher von resignativen Vorstellungen durchsetzt zu sein. Charakteristisch hierfür ist z. B. ein weithin bekannt gewordener Aufsatztitel der Euro-Asia Business Review „Kann Europa das Pazifische Jahrhundert überleben?“. Andere Schlagwörter, die den vermeintlichen Zustand der westeuropäischen Wirtschaften kennzeichnen sollen, sind „Rückentwicklungsländer“, „alternde Volkswirtschaften“ usw. Die Verbreitung dieser Thesen hat selbst in der Bundesrepublik Deutschland, der führenden europäischen Wirtschaftsmacht, dazu geführt, daß weithin geklagt wird, man habe den Anschluß an die neuen Entwicklungen im Pazifischen Raum verpaßt. Die Bedeutung des Wirtschaftsraums Ost- und Südostasien sei vielfach unterschätzt worden, ganz im Gegensatz zu Japan und auch zu den USA, die ihre dortige Position nachhaltig gefestigt haben.

Angesichts des Tenors pessimistischer Stimmen stellt sich die Frage, ob es sich tatsächlich um eine Beschreibung der weltwirtschaftlichen Realität handelt. Geht die „Pazifische Verheißung“ wirklich an Europa vorbei, kommt es also zu einer „sich selbst erfüllenden Prophezeiung“, oder sind die allgemeinen Befürchtungen eher Aus-

druck einer verzerrten Wahrnehmung internationaler Entwicklungen? Vieles spricht für die letztere These, wenngleich sich nicht leugnen läßt, daß die Region um das größte Weltmeer zu einem

neuen Schwerpunkt des Weltgeschehens heranreift. Dort leben mehr als zwei Milliarden Menschen, die gegenwärtig zum wirtschaftlich aktivsten und dynamischsten Teil der Menschheit gehören.

I. Politische Gesichtspunkte

Häufig wird jedoch eine wichtige Tatsache übersehen: Asien und der asiatisch-pazifische Raum (APR) sind alles andere als eine Einheit. Verglichen mit anderen Kontinenten zeichnet sich Asien (und mit ihm der APR) vor allem durch vier Besonderheiten aus: Es besitzt mehr traditionelle Großstaaten, es ist geschichtlich tiefer verwurzelt, es ist in religiösen Belangen autochthoner und — nicht zuletzt aus diesem Grunde — auch in seinen Modernisierungsversuchen eigenständiger als etwa Afrika oder Lateinamerika. Nicht zuletzt deshalb wird es in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft ernster genommen als andere Regionen der Dritten Welt. Trotz solcher Gemeinsamkeiten aber bildet es keine Einheit, sondern eine Vielheit, ja ein vielfaches Gegeneinander. Dies gilt nicht nur für die vorkoloniale und koloniale, sondern nicht zuletzt auch für die nachkoloniale Epoche.

1. Die historische Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raums

In vorkolonialer Zeit gab es nicht einmal „Staaten“ im Sinne der klassischen Begriffstrias von Volk, Gebiet und Gewalt. Nirgends bestanden z. B. feste Grenzen, weshalb es ja auch kein Zufall ist, daß heute, da die asiatischen Staaten sich im westlichen Sinne zu definieren beginnen, an allen Ecken und Enden Grenzstreitigkeiten zutage treten — man denke vor allem an die Konfliktvielfalt im Südchinesischen Meer.

Auch eine homogene Volkskonzeption war den traditionellen Gesellschaftsordnungen Asiens fremd. Der Begriff „Indonesien“ und die damit verknüpfte Einheitsvorstellung stammt von den Holländern; vorher gab es nur Javaner, Ambonesen, Balinesen oder Bataker. Auch „Las Filipinas“ und „Los Filipinos“ sind Begriffe, die von außen her, d. h. von den Spaniern, einem Archipel aufgeprägt wurden, der aus 7 000 Inseln bestand und von den verschiedensten malaiischen Völkern bewohnt war, die sich ganz gewiß nicht als einheitliches Volk empfanden und deshalb auch die verschiedensten Bezeichnungen trugen und unterschiedliche Dialekte sprachen.

Was schließlich die „Staatsgewalt“ anbelangt, so gab es in der Tradition keine Identität von Staat und Ökumene. Der „Staat“ war vielmehr ein Gebiet, in dem der Herrscher des betreffenden

Reichs unmittelbar Steuern einziehen, Registrierungen vornehmen oder Polizeimacht ausüben konnte. Zur Ökumene dagegen gehörten die einzelnen Tributstaaten, die lediglich in regelmäßigen Abständen vor dem Hof zu erscheinen und dort ihre Respektsbezeugungen in Form von Verbeugungen, Weihgaben etc. zu erbringen hatten. Nichterscheinen war ein *Casus belli*, bei regelmäßigen Visitationen dagegen konnten sich die Beziehungen in den friedlichsten Formen abspielen. In der Auffassung der meisten asiatischen Königreiche gab es mit wachsender Nähe zum König/Kaiser Verdichtungen von Raum, Zeit und Gewalt, während diese Dimensionen in umgekehrter Richtung abnahmen und nur soweit reichten, wie die Tributverhältnisse funktionierten. „Staatsgewalt“ war also kein kontinuierliches Element, das das gesamte Staats-„Gebiet“ gleichmäßig ausfüllte, sondern ein Diskontinuum mit Verdichtungs- und Ausdünnungserscheinungen. Nicht „Staaten“ gab es also, sondern nur „Mächte“, die sich der Außenwelt gegenüber höchst unterschiedlich verhielten, sei es nun im „impansiven“, expansiven oder isolationistischen Sinne¹⁾.

Angesichts dieser Spielformen war das Asien der vorkolonialen Zeit alles andere als eine Einheit. Dies änderte sich auch nicht im Verlaufe der europäischen Kolonialisierung, die im Jahr 1511 mit der Eroberung Malakkas durch die Portugiesen begann und 1963 mit dem Rückzug der Holländer aus West-Neuguinea endete. Portugal, Spanien, die Holländer, die Briten, die Franzosen, die Amerikaner und die Deutschen, die im asiatisch-pazifischen Raum Kolonien gründeten, brachten zwar das europäische Wertesystem nach Asien, doch in einer jeweils verschiedenen Ausprägung. Vor allem im 19. Jahrhundert wurden die Kolo-

¹⁾ „Impansiv“ kann man Einflüsse nennen, die nicht auf die Besetzung von Territorien, sondern nur von „Gehirnen“ gerichtet sind. In diesem Sinne verhielten sich im allgemeinen Indien und China. Zu den expansiven Mächten andererseits gehörten die Völker der Viets, der Thai und das Japan Hideoshi Toyotomis, das von 1592 bis 1598 z. B. Korea besetzte, nicht zu vergessen auch die beiden größten Wandervölker der Menschheitsgeschichte, die Mongolen und die Türken. Isolationistisch schließlich gab sich das chinesische Ming-Reich (seit Beginn des 15. Jahrhunderts), vor allem aber das japanische Tokugawa-Reich, das zwischen 1636 und 1868 seine „Türen“ schloß und nur in Nagasaki einen kleinen Spalt für den Handel mit Holland offen ließ.

nialgebiete zu Anhängseln ihrer jeweiligen Mutterländer — und damit zu Bestandteilen des europäischen Konfliktspektrums. Die Kolonisierung trug hier sogar noch eher zur Spaltungsvertiefung als zur Aufhebung der Unterschiede bei, zumal die Kolonialmächte ja auch noch feste Grenzen um „ihre“ Gebiete zogen und auf diese Weise meist alte Stammesverbindungen zerrissen. Das daraus entstandene Erbe belastet auch heute noch viele asiatische Staaten.

Wenn es bisher überhaupt panasiatische/panpazifische Bewegungen gab, so in den Zwischenkriegsjahren 1918—1939. Zwei Grundtendenzen kamen damals auf, die einander diametral entgegenwirkten und die in dieser Gegenläufigkeit neue Kräfte freisetzen, nämlich für und gegen den politischen Status quo im asiatisch-pazifischen Raum. Zu den Pro-Status-quo-Kräften gehörte vor allem die durch den Ersten Weltkrieg geschwächte Weltmacht Großbritannien, die sich nach 1918 bemühte, alle neu aufkommenden Kräfte soweit wie möglich niederzuhalten. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang wurde die Washingtoner Konferenz von 1921/22, die sich hauptsächlich gegen eine weitere japanische Expansion richtete und deren Ergebnisse sich in vier Abkommen niederschlugen. Das Flottenbeschränkungsabkommen legte fest, daß das Flottenverhältnis Großbritannien:USA:Japan bei 5:3:3 fixiert werden sollte. Das Pazifikabkommen, das zwischen den Mächten Großbritannien, USA, Frankreich und Japan zustande kam, sollte den jeweiligen Inselbesitz im Pazifik garantieren. Ein drittes Abkommen galt — an die Adresse Japans gerichtet — der chinesischen Unabhängigkeit („Offene Tür“), und ein viertes verpflichtete Japan zur Rückgabe der Bucht von Qiaozhou, die das Kaiserreich 1914 den Deutschen abgenommen hatte, an China.

Gegen diese Stabilisierungsversuche richteten sich jedoch vor allem zwei Kräfte, nämlich die Komintern und das imperiale Japan. Beide Anti-Status-quo-Bewegungen waren, so sehr sie sich auch sonst voneinander unterschieden, höchst panasiatisch eingefärbt, da sie von einem als ganzem „aufzurollenden“ asiatisch-pazifischen Raum ausgingen. Hierbei laborierte die Komintern mit ihren so berühmt gewordenen zwei Strategien: Im Wege der Rechten Strategie erstrebte sie eine Vereinigung der UdSSR mit den internationalen Parias der Nachkriegszeit, nämlich mit dem Deutschen Reich und mit dem Republikanischen China. Ganz in diesem Sinne kam es im April 1922 zum Abschluß des Rapallo- und im Mai 1924 zum Abschluß des Chinavertrags, demzufolge die „ungleichen“ Vereinbarungen aus der Zarenzeit null und nichtig seien und durch neue „gleiche“ Verträge ersetzt werden sollten. Das republikanische China war begeistert und gestattete es der Komintern in den Jahren ab 1923, beim Aufbau

der Guomindang und anderer Organisationen mitzuwirken.

Weitaus bedeutsamer für Asien sollte jedoch die Linke Strategie werden. Gemäß dem Grundsatz Lenins, daß die „schwächsten Kettenglieder des Imperialismus“ in den Kolonien lägen, versuchte die Komintern, ihre Hebel vor allem dort anzusetzen und bildete asiatische Revolutionäre aus. Unter anderem entsandte sie Ho Chi Minh nach Indochina und eine Reihe anderer Emissäre nach Niederländisch-Indien, Indien und Malaya. Aus Moskauer Sicht war ganz Asien ein Schachbrett, auf dem sich „anti-imperialistische“ Züge durchspielen ließen.

Noch stärker freilich waren die panasiatischen und panpazifischen Bestrebungen beim japanischen Kaiserreich ausgeprägt, das die Parole „Asien den Asiaten“ ausgab und das im Zeichen des Antikommunismus eine mit Deutschland und Italien abgestimmte Vorwärts-Politik zu betreiben begann. Dem Anti-Kominternpakt von 1936 zufolge sollten Deutschland und Italien eine Neue Ordnung in Europa schaffen, während Japan freie Hand für die Errichtung einer „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ bekam.

Der japanische Militarismus sah sich von nun an mit zwei Fronten konfrontiert, nämlich im Norden mit der UdSSR, im Süden mit der ABCD-Gruppe. (Amerika, Britannien, China, Dutch). 1938 kam es zu einer Reihe von japanisch-sowjetischen Zusammenstößen an der mongolischen Grenze; als jedoch die Truppen Hitlers 1941 die Sowjetunion angriffen, schloß Japan überraschend mit der UdSSR einen Nicht-Angriffspakt (1941) ab, mit der Folge, daß Stalin sich nun ganz der Westfront, Japan dagegen der ABCD-Front zuwenden konnte. Die eigentliche Expansion begann 1937 mit dem Angriff auf China und 1941 (Pearl Harbour) mit dem Pazifischen Krieg.

Während der ganzen folgenden Jahre unterstützte Japan den Aufbau pro-japanischer Regierungen im APR. Während die Komintern in einem Gebiet wie Indochina auf Ho Chi Minh setzte, unterstützte Japan dort zur gleichen Zeit den Thronfolger der Nguyen-Dynastie, Bao Dai. Auch in anderen Ländern kam es zu ähnlichen Gegenpositionen. Im November 1943 fand in Tokio die „Großasiatische Konferenz“ statt, an der die von Japan protegierten Vertreter Chinas, Mandchukuos, der Philippinen, Siams, Birmas und Indiens teilnahmen.

Mit der Kapitulation Japans 1945 scheiterte der bis dahin bedeutsamste Versuch, den asiatisch-pazifischen Raum unter einheitliche — sprich: japanische — Führung zu bringen. Aber auch die Komintern stand schon bald vor einem Trümmerhaufen. Die letzte von ihr inspirierte Aufstandsbewegung, die unter der Bezeichnung „Emergency“ in die Geschichte einging, nämlich der Guerilla-

Krieg auf der malaiischen Halbinsel (1948—1960) scheiterte nach zwölf Jahren und löste im gesamten insularen Südosten eine Welle des Antikommunismus aus.

Die beiden bedeutsamsten „panasiatischen“ Bewegungen hatten sich also Mitte der vierziger Jahre totgelaufen. Asien verwandelte sich wieder in jenes Mosaik vielfältiger Kräfte und Gegenkräfte zurück, das es immer schon gewesen war.

Aus dem britischen Kolonialverband gingen nach 1947 nicht weniger als elf neue Staaten hervor, nämlich sieben in Südasien (Indische Union, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, Bhutan, Nepal, Malediven) und vier in Südostasien (Birma, Malaysia, Singapur, Brunei); aus französischem Kolonialbesitz drei Staaten (Vietnam, Kambodscha, Laos) und aus holländischem sowie US-Besitz jeweils ein Staat, nämlich Indonesien und die Philippinen; sogar aus der japanischen „Hinterlassenschaft“ entstanden vier allerdings höchst problematische Gebilde, nämlich Taiwan, Nordkorea, Südkorea und Mikronesien, letzteres kam unter US-Protectorat.

Alle diese neuen Staaten, die noch ergänzt wurden durch das sich schnell erholende Japan sowie durch die neu ausgerufene Volksrepublik China, boten ein buntes Bild, das in den nachfolgenden Jahren keineswegs einheitlicher wurde. Vielmehr gerieten alle Staaten von Anfang an mitten in die Ost-West-Auseinandersetzung hinein. China, Nordkorea, Nordvietnam und die Mongolische Volksrepublik wendeten sich hierbei dem sozialistischen Lager zu, Japan, Südkorea, Taiwan, die Philippinen, Thailand und Pakistan schwenkten dagegen ganz zum „Westen“ über. Erst mit der Konferenz von Bandung (1955) konnte sich zwischen diesen beiden „Lagern“ ein neutralistisches Spektrum entfalten, zu dem das Indien Nehrus, Birma, Kambodscha, Laos, Nepal und eine Reihe anderer Staaten gehörten.

Mit dem chinesisch-indischen Konflikt, mit dem Konflikt um die SEATO und mit dem Zweiten Indochinakrieg kamen neue Varianten in das ohnehin schon buntscheckige Bild. Besonders scharfkantig entwickelten sich die Parteien in Südostasien. Dort bildete sich im Laufe der Zeit eine antikommunistische ASEAN (mit heute sechs Mitgliedern), ein „kommunistisches“ Indochina mit drei Staaten und ein neutralistisches Staatswesen (Birma) heraus. Aber selbst die ASEAN-Gemeinschaft, die sich doch nach außen hin stets den Anstrich fugenloser Einheitlichkeit gibt, ist in ihrem Inneren alles andere als ein Monolith. Da sind einerseits die stark außenwirtschaftsorientierten Mitglieder wie Singapur und Brunei und — am anderen Ende der Skala — das am stärksten binnenorientierte Indonesien. Zwischen diesen beiden Extremen bewegen sich Malaysia und Thailand sowie die Philippinen. Ver-

schieden wie ihre sozioökonomische ist auch ihre außenpolitische Orientierung. Indonesien beispielsweise, das seinen größten Gegner in China sieht, neigt dazu, Vietnam als den potentiellen Hauptverbündeten in Südostasien zu betrachten, während andererseits Thailand angesichts des Kambodscha-Konflikts in Vietnam den Hauptwidersacher erblickt und sich deshalb in einer Reihe mit der Volksrepublik China gegen Hanoi sieht.

Zwischen den asiatischen Staaten gibt es ferner zahlreiche Grenzkonflikte, die sich im Südchinesischen Meer zu einem Brennpunkt verdichten, wo China, Vietnam, Malaysia, Indonesien, die Philippinen und Taiwan gegensätzliche Standpunkte einnehmen und ihre Ansprüche z. T. sogar mit Waffen durchsetzen, so z. B. bei den chinesisch-südvietnamesischen Auseinandersetzungen um die Paracel-Inseln im Jahre 1974.

Für das Fortbestehen der Verschiedenheiten sprechen auch unterschiedliche „politikulturelle“ Traditionen, die oft Äonen voneinander entfernt sind — man denke etwa an die „lose strukturierten“ Gesellschaften Thailands, Laos', Kambodschas und Birmas auf der einen und die (im Geiste des Metakonfuzianismus) straff gebündelten Gesellschaften Chinas, Vietnams, Japans, der beiden Koreas, Singapurs und Hongkongs auf der anderen Seite. Bringt man hier gar noch die Andenstaaten, Kalifornien sowie die polynesischen, melanesischen und mikronesischen Kulturen ins Spiel, so ergeben sich Gegenstrukturen, die unter einheitlichen Kriterien betrachten zu wollen, der Quadratur des Kreises gleichkäme. Es mag eine gemeinsame „atlantische“ Wertelandschaft geben — eine asiatisch-pazifische gibt es ganz bestimmt nicht.

2. Politische Veränderungen im asiatisch-pazifischen Raum

Könnten sich hier aber nicht in Zukunft entscheidende Wandlungen vollziehen, wobei — wieder einmal — die Wirtschaft eine Pilotfunktion zu übernehmen hätte?

Mitte der fünfziger Jahre schien es eine Zeitlang, als könnten sich die jungen Staaten Asiens mit panasiatischen Zielsetzungen anfreunden. Es war dies die Zeit, als Nehru und Zhou Enlai sich in Bandung trafen, Verträge abschlossen, in denen die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verankert waren, und Erklärungen abgaben, die auf den Prozeß einer gesamtasiatischen „Verbrüderung“ hindeuten schienen. Als sich jedoch 1961/62 im Himalaya die chinesisch-indischen Waffen kreuzten, glaubte bereits niemand mehr an „Asien“, obwohl sich Anfang der sechziger Jahre eine zweite stark asienbezogene Entente Cordiale andeutete, die diesmal im Zeichen Chinas und Indonesiens stand. Geplant war damals die Gründung einer Gegen-UNO, einer Gegen-

Olympiade und überhaupt einer „asiatischen“ Gegenideologie. Mit dem Sturz Sukarnos freilich und der daraufhin in Indonesien einsetzenden antikommunistischen/antichinesischen Verfolgungswelle hatte auch dieser Ansatz ein schnelles Ende gefunden.

Was von der so häufig beschworenen chinesisch-vietnamesischen Verbundenheit zu halten war, zeigte spätestens das Jahr 1979, als es zwischen beiden ebenfalls zum Krieg kam. Was China und Japan angeht, so gibt es zwischen ihnen zwar intensive Handelsbeziehungen und auch eine im höchsten Führungsbereich angesiedelte Institution, die den schönen Namen „chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jahrhundert“ trägt; in der praktischen Politik jedoch wahren beide Länder kühle Distanz zueinander; vor allem erwartet China von Japan „respektvolles“ Verhalten sowie einen „ständigen Gang nach Canossa“.

Wie steht es nun um die künftigen Zielsetzungen der wichtigsten asiatisch-pazifischen Mächte? Zeigen sich irgendwo panasiatische oder auf den asiatisch-pazifischen Raum bezogene Ansätze?

Japan

Nach den Lehren, die das Kaiserreich aus seiner Niederlage von 1945 ziehen mußte, steht der Pan-Asiatismus nicht mehr besonders hoch im Kurs. Zwar haben die japanischen Industriellen heute mit wirtschaftlichen Mitteln beinahe erreicht, was die japanischen Militärs bis 1945 mit ihren Gewehren vergeblich versuchten, nämlich die Schaffung einer Art „Großasiatischer Wohlstandssphäre“ — vor allem im ASEAN-Bereich —, doch bekommt Japan hier einerseits wachsenden Widerstand von seiten der asiatischen Partner zu spüren, andererseits liegen seine Vorbilder, seine „Wertelieferanten“ und vor allem seine Hauptwirtschaftspartner nicht in Asien, sondern im Westen.

Eine Bindung an die beiden Festlandsmächte China oder Sowjetunion bleibt außer Betracht. Was die neutralistische Option angeht, so wird sie zwar von einigen Parteien (SPJ, KOMIETO) und von Randgruppen der Regierungspartei LDP nach wie vor verfochten, doch hat spätestens der chinesisch-japanische Friedens- und Kooperationsvertrag von 1978 bewirkt, daß Japan keine Äquidistanz mehr zwischen Moskau und Peking anstreben kann. Ferner beginnt Japan sich angesichts des Anwachsens der sowjetischen Pazifik-Flotte Gedanken über eine „Vorwärtsverteidigung“ zu machen, um notfalls vor allem seine lebenswichtigen „Ölrouten“ zu verteidigen.

Für Japan scheidet aber nicht nur die neutralistische Option, sondern auch der „nationale Alleingang“ aus. Nicht nur daß hier der Artikel 9 der japanischen Verfassung (Verzicht auf Wiederbewaffnung) einen Riegel vorschiebt; das Land

müßte sich auch noch, um in seiner Verteidigung „glaubhaft“ zu sein, mit dem Gedanken einer Nuklearbewaffnung vertraut machen, der bei der japanischen Bevölkerung insgesamt auf geschlossene Ablehnung stößt — man denke an Hiroshima und Nagasaki. Außerdem würde das ohnehin wache Mißtrauen der Südasiaten gegen ein voll aufgerüstetes Japan vermutlich auch außenwirtschaftlich kontraproduktiv wirken.

Für Japan verbleibt nach alledem nur die Option einer fortgesetzten Westbindung: An der Spitze des „Westens“ befindet sich Japans Hauptschutzmacht, dort liegen auch seine Hauptabsatzmärkte (40% des japanischen Außenhandels werden allein mit den USA abgewickelt), seine Hauptkonkurrenten und seine Vorbilder.

China

Noch Mitte der fünfziger Jahre schien es, als könnte sich die damals noch junge Volksrepublik mit panasiatischen Zielsetzungen anfreunden. Es war die Zeit, als die oben erwähnte Zusammenarbeit mit Indien und Indonesien in Blüte stand. Von solchen Ausflügen in eher exotische Abenteuer abgesehen, kam China aber nicht einmal mit seinen unmittelbaren Nachbarn Korea, Vietnam und Japan ins reine. Zur Wirtschaftsmacht Japan vor allem wird sich die Volksrepublik in keine wirtschaftliche Abhängigkeit begeben, sondern statt dessen dafür sorgen, daß andere Industriestaaten ein außenwirtschaftliches Gegengewicht bilden. Damit sind aber bereits wieder die westlichen Industriestaaten angesprochen — von Pan-Asiatismus keine Spur. China hat seit 1949 mit einer Reihe von außenpolitischen Optionen experimentiert und sich zunächst „einseitig zur Sowjetunion hingelehnt“. Nach 1972 pflegte es dann kurze Zeit stärkere Kontakte zu den Vereinigten Staaten. Diese hielten freilich nicht lange an. Neutralismus, eine dritte Option, kommt für China nicht in Betracht, und zwar weder in Form von „Äquidistanz“ und „Pazifismus“ noch in Form von offizieller „Nichtanlehnung“. Seit Anfang der achtziger Jahre wird statt dessen verstärkt die „Unabhängigkeit“ betont — eine Formulierung, mit der angedeutet werden soll, daß China seinen Weg völlig selbständig gehen, daß es mit seiner Sicherheitspolitik auf eigenen Beinen stehen, daß es nach allen Seiten hin offen bleiben und daß es sich vor allem künftig auch nicht mehr negativ an die Sowjetunion binden will: Bis dahin hatte die Volksrepublik ja fast stets das genaue Gegenteil dessen getan, was die Sowjetunion betrieb — und sich auf diese Weise in eine (selbst verschuldete) Abhängigkeit mit umgekehrtem Vorzeichen gebracht.

Der Kurs, für den sich die Volksrepublik China mit gut einer Milliarde Menschen und ihrem Wirtschaftspotential entschlossen hat, ist ein Kurs des

Alleingang, wobei die chinesische Regierung allerdings offiziell wünscht, mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in enger Fühlungnahme zu bleiben.

Südostasien

Schließlich zeigt auch „Südostasien“ wenig gesamtasiatische oder gesampazifische Neigungen: Einstweilen gibt es dort ja noch zwei Blöcke, die sich je an eine Supermacht angebunden haben, nämlich auf der einen Seite die drei Indochinastaaten an die UdSSR, auf der anderen die ASEAN-Staaten an die USA sowie an andere westliche Länder. Diese Supermachtsanbindung kann jedoch nur kurzfristig hilfreich sein. Auf längere Sicht bleiben eigentlich nur zwei realistische Optionen, nämlich die des Regionalismus und des Neutralismus, wobei das eine mit dem anderen zu verknüpfen wäre.

Orientierungspunkt für beide Ausrichtungen könnte die am 27. November 1971 von Malaysia verkündete ZOPFAN-Idee sein. Ziel der *Zone of Peace, Freedom and Neutrality* ist es, in Südostasien einen Zehn-Länder-Block entstehen zu lassen, dessen Mitglieder sich zu dauernder Neutralität verpflichten — einer Neutralität, die ihrerseits von den größeren Mächten garantiert werden müßte. Mindestvoraussetzung für eine Realisierung dieses Plans wäre allerdings ein (Teil-) Rückzug der Großmächte aus der Region, eine Auflösung noch bestehender Verteidigungsallianzen mit außerregionalen Mächten (vietnamesisch-sowjetischer Kooperationsvertrag von 1978, Manila-Vertrag von 1954 u. a.), eine Lösung der Kambodscha-Frage und ein weiterer Abbau innerregionaler Konflikte (Territorial- und Maritimgrenzen) bei gleichzeitiger Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit.

Bis es soweit ist, wird wohl noch geraume Zeit vergehen. Immerhin aber zeichnet sich hier eine Option ab, die zu den heutigen Gegebenheiten eine glaubhafte entspannungsträchtige Alternative liefert. Von panasiatischen oder APR-Bestrebungen ist demgegenüber nirgends die Rede, wie nicht nur die gegenwärtige Anbindung der südostasiatischen Staaten an (außerregionale) Supermächte zeigt, sondern wie auch aus dem Wunsche der meisten ASEAN-Staaten deutlich wird, sich gegenüber der japanischen Wirtschaftsvormacht eine europäische und amerikanische Rückendeckung zu verschaffen.

3. Die Einheit der „Pazifischen Gemeinschaft“?

Ist also nach alledem die „Pazifische Gemeinschaft“ als Einheit überhaupt realisierbar? In den so phantastischen Spekulationen über eine „Pazifische Gemeinschaft“, wie sie während der vergangenen Jahre überaus zahlreich entstanden

sind, gingen die meisten Überlegungen von schieren Quantitäten aus: Menschenpotential, Rohstoffreichtum, Verkehrslage, Wachstumsraten der letzten Jahre etc. Sämtliche 100-Millionen-Völker, so die Argumentation, mit Ausnahme Indiens, lägen am Rande des Pazifik. Mit Ausnahme von Erdöl und Erdgas stelle das Rohstoffpotential der pazifischen Region alle anderen Erdteile in den Schatten — man denke an Zinn, Bauxit, Eisenerz, Mangan, Wolfram, Kohle usw. Der „Große Teich“ sei vom Verkehrshindernis zum Idealverkehrsverbund geworden: Schon heute lägen die Transportkosten zwischen San Franzisko und Tokio niedriger als zwischen San Franzisko und New York! Diesseits und jenseits des Pazifik befänden sich außerdem die technologischen Innovationszentren etc. etc. Ergo rücke der Pazifik — auf Kosten der „atlantischen Gemeinschaft“ — unaufhaltsam nach vorne.

Eine solche „geopolitische“ Schlußfolgerung erweist sich jedoch aus mehreren Gründen als unzulässig:

1. Nicht oft genug kann die Tatsache betont werden, daß Asien — oder gar der Pazifik — keine Einheit ist und daß deshalb die Rohstoff- und Innovationspotentiale der dortigen Länder nicht einfach addiert werden dürfen. Ein solches Vorgehen wäre nicht einmal bei der „atlantischen Gemeinschaft“ zulässig: Ist es etwa ein Zufall, daß sich hier die intensivsten Verbindungen ausgerechnet zwischen den hochindustrialisierten Ländern Nord- und Mitteleuropas einerseits und den USA sowie Kanada andererseits ergeben, während beispielsweise die Beziehungen zwischen Westafrika und der Ostküste Lateinamerikas sehr zu wünschen übrig lassen, obwohl ja auch diese Länder ganz ohne Zweifel Atlantik-Anlieger sind? Nicht viel anders kann es im Pazifik sein. Daß sich dort enge Waren- und Ideenströme zwischen Japan und Kalifornien ergeben, liegt auf der Hand. Warum aber lassen sich die Beziehungen zwischen Indonesien und Chile damit auch nicht im entferntesten vergleichen!? Und was hat „British Columbia“ mit Neuguinea zu tun!? Vergleichbar vorschnelle „Einheits“-Hypothesen hat es bereits Anfang der fünfziger Jahre gegeben, als von einem „roten Block“ von Canton bis zur Elbe die Rede war. Hier unterstellte man eine Einheitlichkeit „des“ Kommunismus, die von Anfang an abwegig war und die sich im weiteren Verlauf der Geschichte dann ja auch als absurd erwiesen hat.

2. Kooperations- und Einigungsüberlegungen haben nichts mit Geographie und statt dessen sehr viel mit Strukturgegebenheiten zu tun. Wenn es beispielsweise um wirtschaftlich-technologische Kontakte geht, so ist anzunehmen, daß Japan einem „atlantischen“ Land wie Frankreich oder den Niederlanden Priorität gibt gegenüber einem pazifischen Staat wie Samoa oder Papua-Neugui-

nea. Die „pazifische“ oder „atlantische“ Qualität als solche kann folglich nicht über die Intensität von Beziehungsfeldern entscheiden! Raumgebunden sind am Ende höchstens Sicherheits- und Militärüberlegungen, nicht jedoch Wirtschafts- und Technologiebeziehungen, es sei denn, daß man die Transportkosten veranschlagt, die jedoch angesichts der immer moderneren und immer weniger kostspieligen Verkehrsmittel sowie angesichts der zunehmenden Miniaturisierung auch nicht mehr so stark ins Gewicht fallen. Überdies schlagen sich Transportkosten auf den Preis einer Ware oder Leistung erfahrungsgemäß weitaus weniger nieder als etwa Währungsparitäten — man denke an die gewaltigen Ausschläge des US-Dollar innerhalb eines Zeitraums von nicht einmal zehn Jahren! Auch für die Kommunikation, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, spielt es keine Rolle, ob der Partner Atlantik- oder Pazifikanrainer ist.

Ist es außerdem von Belang, daß die größte Schiffswerft der Welt nicht mehr in Manchester, London oder Hamburg, sondern in Südkorea liegt, daß Tokio, Hongkong und Singapur als Finanzplätze immer interessanter werden und daß Kalifornien und die Ostküste Japans zu „Mikroelektronikzentren“ geworden sind? Die Größe der Schiffswerft kann vorteilhaft sein, sie kann aber — im Zeichen einer flauen Nachfrage — auch zur Belastung werden. Die geographische Lage von Finanzzentren spielt unter den heutigen Kommunikationsbedingungen ebenfalls eine abnehmende Rolle: Zum einen gibt es bekanntlich moderne Telekommunikationseinrichtungen, zum anderen ist es üblich geworden, daß atlantische Banken im pazifischen Bereich und umgekehrt pazifische Banken im atlantischen Raum Filialen einrichten und entsprechend die Geldströme mitverwalten und -lenken. Was schließlich die technologischen Mekkas anbelangt, so gibt es hier verhältnismäßig schnelle Wandlungen. Die Bedeutung von Osaka kann morgen München oder Toulouse oder vielleicht irgendeine amerikanische Stadt an der Atlantikküste haben! Nichts ist hier „metaphysisch“ ein für allemal festgelegt. Entscheidend ist die Offenheit für neue Entdeckungen, die Innovationsbegeisterung und der Wille, Rückstände so schnell wie möglich wieder wett zu machen; auf die Geographie kommt es dabei ganz bestimmt nicht an!

3. Der transpazifische Handel hat inzwischen das Volumen des transatlantischen Handels überholt. Dies aber bedeutet für Europa lediglich, daß es sich in den transpazifischen Handel stärker einschalten muß. Europa — und die atlantische Hälfte der USA! — sind hier genauso zum Wettbewerb aufgefordert wie jedes asiatisch-pazifische Land — und es hat am Ende die gleichen Chancen, im Positiven wie im Negativen.

4. Wenn es einen Erdteil gibt, bei dem die wirtschaftlichen und technologischen Gefälle zwischen den einzelnen Ländern besonders kraß zutage treten, so ist es ebenfalls, wie noch näher auszuführen sein wird, der asiatisch-pazifische Raum. Wie soll diese „Gemeinschaft der Ungleichen“ aber in absehbarer Zeit je zusammenwachsen!?

5. Asien und der Pazifik sind sicherheitspolitisch und ideologisch ein Teil des Ost-West-Konflikts — und bleiben auch insofern gespalten. Im asiatisch-pazifischen Raum bestehen zur Zeit sechs prowestliche Bündnissysteme sowie der Versuch der UdSSR, ein „Kollektives Sicherheitssystem in Asien“ (Plan von 1969) aufzubauen. Die sechs proamerikanischen Bündnisse sind der ANZUS-Pakt von 1952 (Australien, Neuseeland, USA), der ANZUK-Pakt von 1971 (Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia und Singapur), der US-philippinische Verteidigungsvertrag von 1952, der US-japanische Sicherheitsvertrag von 1952, der 1960 verlängert wurde, der US-südkoreanische Verteidigungspakt von 1963 und das US-thailändische Sicherheitsabkommen von 1962, das als Ergänzung des SEATO-Vertrags von 1954 zu verstehen war. Die SEATO-Organisation ist zwar nach Austritt fast aller ihrer Mitglieder gegenstandslos geworden, nicht jedoch der Manila-Vertrag von 1954, auf dessen Basis sie errichtet wurde.

Ein ähnlich zwiespältiges Bild ergibt sich bei der Betrachtung des sowjetischen Plans eines „Kollektiven Sicherheitssystems in Asien“ von 1969. Dessen Hauptzweck war es von Anfang an, der UdSSR ein Mitspracherecht in einer Region einzuräumen, in der sie bis dahin kaum präsent gewesen war. Sie würde von jetzt an (1969!) jene Vakua auffüllen, die die USA, vor allem aber Großbritannien durch ihren „Rückzug“ schufen. Zweitens ging es darum, die oben erwähnten sechs „imperialistischen Pakte“ langfristig zu liquidieren und an ihre Stelle ein umfassendes neues Sicherheitsbündnis zu setzen, an dem auch Moskau beteiligt sein sollte. Selbst die asiatischen Hauptverbündeten der UdSSR, nämlich Vietnam und Indien, verhielten sich gegenüber dem sowjetischen Vorschlag höchst zurückhaltend — es gab überhaupt nur einen Interessenten, der wirklich nachdrückliches Interesse bekundete, nämlich die Mongolische Volksrepublik; diese aber zählt seit langem zum Einflußbereich der UdSSR.

Wie die Entwicklung des von den USA im Rahmen ihrer Containment-Politik aufgebauten Verteidigungsgürtels und das Schicksal des sowjetischen Plans eines „Kollektiven Sicherheitssystems in Asien“ zeigten, gibt es in Asien keinerlei panasiatische Sicherheitsansätze. Vielmehr zieht sich der Ost-West-Konflikt, einem Mäander ähnlich, durch sämtliche Länder, Regionen und Formationen.

Aus den vorangegangenen Betrachtungen lassen sich folgende Thesen ableiten:

1. Asien war nie eine Einheit, es ist keine Einheit und es hat auch wenig Chancen, auf absehbare Zeit eine solche zu werden. Politische und wirtschaftliche Potentiale dürfen also nicht einfach zu einer regionalen Gesamtgröße zusammenaddiert werden. Vor allem ist der asiatisch-pazifische Raum ein Gesamtmosaik von Subsystemen, die untereinander zwar zusammenarbeiten, aber auch im Konflikt zueinander stehen.

2. Die Chancen für panasiatische Systeme stehen ungünstig, sei es nun für ein gesamtregionales Verteidigungssystem, für eine wie immer geartete „asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft“ oder aber für ein gesamt-pazifisches Gemeinschaftsbewußtsein. Wirtschaftspotentiale allein erzeugen nämlich noch lange keine regionalspezifischen Zentripetalkräfte. Es kann also nicht verwundern, daß bisher noch jeder pazifische Integrationsansatz, heiße er nun OPTAD (Organization for Pacific Trade and Development, 1968) oder aber „Pacific Basin Cooperation“ (japanischer Vorschlag von 1979), gescheitert ist. Verstärkte Kooperation ist vielleicht realisierbar (wenn auch nur zwischen einigen wenigen fortgeschrittenen Pazifikanrainern), Integration (z. B. nach EG-Muster) dagegen bleibt zumindest auf absehbare Zeit utopisch.

3. Nichtasiatische Mächte sind jederzeit in der Lage, sich sowohl in die Ost-West- als auch in die Nord-Süd-Belange Asiens und des asiatisch-pazifischen Raumes einzuschalten — und werden dort in der Regel auch als politische oder wirtschaftliche Gegengewichte zu der einen oder anderen Großmacht willkommen sein. Für Europa bedeutet dies, daß es jederzeit seinen Einfluß ausdehnen kann, sei es nun im Bereich des Handels, des Technologieaustausches, bei der Gründung von Industrieparks oder aber durch die Errichtung von Produktionsbetrieben in Wirtschaftsazonen — um nur einige Beispiele weltweiter Arbeitsteilung zu nennen. Fürchten muß es nicht den Rohstoffreichtum dieser Region, nicht die in den letzten Jahren zutage getretene Wachstumsdynamik im „pazifischen Becken“ und auch nicht das Ausgesperrtsein (alle erfolgreichen pazifischen Staaten sind ja Verfechter der Marktwirtschaft und des Prinzips der „offenen Tür“), fürchten muß es vielmehr seine eigene Lethargie — wenn sie denn weiter um sich greifen sollte —, seinen Kleinmut und den Verlust seines ureigensten Wertesystems, das so altmodische Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Offenheit und Wettbewerbs- sowie Lernbereitschaft umfaßt. Insofern ist es weniger der asiatisch-pazifische Raum, der Europa gefährlich werden könnte, als vielmehr der Verlust seiner ureigensten Identität.

II. Wirtschaftliche Gesichtspunkte

Historische, sicherheitspolitische und weltanschauliche Gefälle im asiatisch-pazifischen Raum sprechen nicht für eine baldige großregionale „Einheitszone“. Wie sieht es mit den wirtschaftspolitischen Zwängen aus, die sich aus der nicht zu leugnenden Vertiefung des außenwirtschaftlichen Austausches zwischen den großen Teilregionen des asiatisch-pazifischen Raumes zunehmend ergeben? Um die Antwort vorwegzunehmen, auch auf wirtschaftlichem Gebiet scheinen mehr Gründe gegen eine großregionale Kooperations-sphäre denn für eine solche zu sprechen.

1. Die ökonomische Bedeutung der USA für den pazifischen Raum

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für die (relative) Verschiebung weltwirtschaftlicher Gewichte ist der Nordamerikanische Kontinent. Insbesondere in den USA scheinen die traditionellen Zentren der atlantischen Ostküste allmählich an Lebenskraft zu verlieren. Dort sind vorrangig die sogenannten alten „Schornsteinindustrien“ konzentriert, deren internationale Leistungsfähigkeit deutlich abgenommen hat. Symptomatisch hierfür

sind die sprunghaft gestiegenen amerikanischen Einfuhren von Massenkonsumgütern sowohl aus dem asiatisch-pazifischen Raum als auch aus Westeuropa.

Im Gegensatz zum Osten der USA scheint der pazifische Westen „Grenzen des Wachstums“ noch nicht zu kennen. Immer mehr Menschen, Unternehmen und Kapital zieht es an die Pazifikküste und in den sogenannten „Sonnengürtel“ des Südwestens. Kalifornien, Texas und andere Weststaaten sehen sich als die Garanten der Zukunft Amerikas. Städte wie Los Angeles und San Francisco schöpfen hieraus ihr wachsendes Selbstbewußtsein gegenüber der traditionellen Wirtschaftsmetropole New York. „Silicon-Valley“ nahe San Francisco ist zum Schlagwort für diesen Aufbruch geworden. Dort experimentieren zur Zeit mehr als 400 Unternehmen im Bereich der sogenannten Zukunftstechnologien. Amerikanische Fachleute, vom letztlich segensvollen Wirken des harten Wettbewerbs überzeugt, geben allenfalls 30 eine Überlebenschance. Der amerikanische Drang nach Westen („Amerikas Zukunft liegt im Westen“) ist also ein nicht zu leugnendes Faktum. Dafür sprechen auch zahlreiche amerika-

nische Stimmen, die Ostasien (Ferner Osten) bereits als „Unser Naher Westen“ bezeichnen. Andere Stimmen warnen vor einer „Abkoppelung“ Westeuropas, die sich im Zuge der pazifischen Reorientierung der Vereinigten Staaten ergeben könnte. Insbesondere in Kalifornien scheint die Meinung verbreitet, daß man den „Verlust“ Westeuropas zur Not verschmerzen könne, nicht jedoch den Zusammenbruch Japans.

Wird der Bewußtseinswandel in den USA, wie nicht wenige befürchten, Westeuropa als Urheimat der industriellen Zivilisation bald zum Hinterland, zum Randgebiet des weltwirtschaftlichen Kraftfeldes herabsinken lassen? Wird es eines Tages zur Ironie der Geschichte gehören, daß die Europäer ihre neuzeitliche Entwicklung als „Irrweg“ ablehnen, während die „östlichen Kulturen“ das technisch-wirtschaftliche Leistungsdenken als Heilsweg aus der Unterentwicklung aufnehmen? Muß Westeuropa sich damit begnügen, „Chancen in den Nischen“ der Weltwirtschaft zu suchen? Die Begründung folgt an späterer Stelle, aber die Antwort soll hier vorweggenommen werden. Es besteht zur Zeit kein ausreichender Grund, eine solche „Abwärtsentwicklung“ als ernsthafte Zukunftsperspektive ins Auge zu fassen.

Dagegen sprechen vor allem die Fakten des pazifischen Raums selbst. Zwar ist eine wachsende Verflechtung der asiatisch-pazifischen Länder untereinander und mit dem nordamerikanischen Kontinent im Handel, bei Investitionen und technologischer Entwicklung festzustellen, aber eine solche Verflechtung ist keineswegs gleichbedeutend mit wachsender Interessengemeinsamkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Ziele, in deren Folge die historische, kulturelle, ethnische und auch politische Heterogenität der Gesamtregion überwunden werden kann. Die Befürworter einer langfristigen wirtschaftlichen Kooperation gehen auf Grund ihres „wirtschaftlichen Interessenansatzes“ davon aus, daß eine potentielle Zusammenarbeit in der ersten Phase auf die pazifische Region im engeren Sinn beschränkt bleiben soll. Sie verstehen darunter vor allem die marktwirtschaftlich orientierten Länder Nordamerikas und Pazifik-Asiens, d. h. die fünf Industriestaaten USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland, die asiatischen Schwellenländer (Newly Industrializing Countries) und die ASEAN-Staaten. In einer späteren Phase könne über eine Ausweitung, insbesondere über den Einschluß Chinas, sinnvoll nachgedacht werden. Organisatorisch solle eine solche Zusammenarbeit in Form einer pazifischen Handels- und Entwicklungsorganisation erfolgen.

Was die Praxis der Entwicklung betrifft, so ist nach einer längeren Phase der Anregungen und Initiativen privater und halboffizieller Art aus den pazifischen Industrieländern in der Zwischenzeit

allgemein Übereinstimmung erzielt worden, daß die weitere Initiative im wesentlichen von den ASEAN-Ländern ausgehen solle. Auf Grund der bisher reservierten Haltung der ASEAN-Länder gegenüber gesamtregionalen Kooperationsformen scheint jedoch allenfalls ein vorsichtiger Schritt-für-Schritt-Prozeß möglich zu sein. Die Vision einer großen Zusammenarbeit muß schon deswegen als sehr vage angesehen werden, weil trotz begrenzter Gemeinsamkeiten die Unterschiede und Gegensätze innerhalb des pazifischen Raums auch in wirtschaftlicher Hinsicht überwiegen.

Von der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit her, ausgedrückt als Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, ergibt sich ein Gefälle von mehr als 13 000 US-Dollar (USA) auf gut 600 US-Dollar (Indonesien). Auch hinsichtlich des langfristigen Wachstums erscheinen die Unterschiede zwischen den entwickelten Ländern der Region, den Schwellenländern und den Entwicklungsländern beträchtlich. Mit Ausnahme Japans, dessen jährliches Durchschnittswachstum sich auf über 6% belief, weisen die vier anderen Industriestaaten geringe Wachstumsraten von 1,5 bis 3,5% auf. Im Gegensatz dazu zeigten die Entwicklungsländer bzw. Schwellenländer ein deutlich höheres Wachstum. Mit Ausnahme der Philippinen (weniger als 3% Jahresdurchschnitt) können sie alle als Hochwachstumsländer bezeichnet werden. Auch andere volkswirtschaftliche Indikatoren, die zur Beurteilung der Erfolgchancen einer zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Bedeutung sind, wie z. B. Inflationsraten, öffentliche Ausgaben, Energieverbrauch, Außenhandelsumsatz usw. weisen nicht nur auf deutliche Gefälle hin, sondern lassen erkennen, daß hinsichtlich der nationalen Entwicklungsprozesse deutliche Interessenunterschiede und -gegensätze vorhanden sind.

Es muß also betont werden, daß wachsende Verflechtung und Abhängigkeit (Stichwort „Interdependenz“) keineswegs mit wachsender Zusammenarbeit gleichgesetzt werden können. Vier Punkte werden im allgemeinen für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit innerhalb einer zukünftigen innerpazifischen Wirtschaftsgemeinschaft genannt:

1. Die Schwellenländer und ASEAN-Staaten werden aufgrund ihrer exportorientierten Entwicklungsstrategie ihre zur Zeit noch schmale nationale Wirtschaftsbasis erweitern und einen zunehmenden Marktanteil auf dem pazifischen Regionalmarkt erobern.

2. Die entwickelten Länder (seit kurzem auch Japan) zeigen gegenüber der Vergangenheit ein deutlich verlangsamtes gesamtwirtschaftliches Wachstum. Engere außenwirtschaftliche Beziehungen mit den asiatischen Wachstumsländern der Region können einen erhöhten außenwirt-

schaftlichen Beitrag zur Stabilisierung des eigenen gesamtwirtschaftlichen Wachstums leisten.

3. Die unter Punkt 1 und 2 angedeuteten Entwicklungstendenzen können langfristig nur unter der Voraussetzung aufrechterhalten werden, daß nach dem Prinzip des „komparativen Vorteils“ innerhalb der Region eine allgemeine Bereitschaft zur industriellen Arbeitsteilung wächst.

4. Ein gesamtregionales Forum zur Diskussion dieser Aspekte ist Voraussetzung für eine bessere Abstimmung der Interessen aller Beteiligten.

Solchen durchaus erkennbaren Entwicklungsansätzen in Richtung auf eine regionale Kooperation stehen massive Interessen, Abweichungen und Gegensätze nationaler Art gegenüber. Ein Anwachsen der wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere soweit sie sich in materiellen Strömen (Warenhandel) ausdrücken, beeinflußt nicht zwangsläufig den wirtschaftspolitischen Spielraum der nationalen Systeme. Trotz wachsender Verflechtung ist also die Verfolgung unterschiedlicher, teilweise sogar gegensätzlicher Wirtschaftsstrategien nicht entscheidend beeinträchtigt. Integration hingegen verlangt die bewußte, dauerhafte Abstimmung der einzelnen nationalen Wirtschaftspolitiken und die Errichtung übernationaler Entscheidungsgremien. Einer solchen Entwicklung stehen nicht nur geschichtliche Dimensionen des pazifischen Raums entgegen, in dem die große Mehrzahl der Staaten, insbesondere der politischen Eliten, von starken und gegenwärtig noch eindeutig wachsenden Nationalideologien geprägt ist, sondern unter Umständen auch tiefgreifende wirtschaftliche Unvereinbarkeiten.

In der Vergangenheit wurde dieser Abstimmungsprozeß zum großen Teil informell durch das Gewicht der „wirtschaftlichen Supermacht“ USA bewirkt. Die USA waren über lange Zeit hinweg in der Lage, die wachsenden pazifischen Handelsströme aufzusaugen, langfristige Leistungsbilanzdefizite schwächerer Länder durch anhaltende Finanzübertragungen zu decken, Leistungsbilanzüberschüsse wirtschaftlich starker Länder „produktiv“ anzuziehen und internationale Organisationen maßgeblich zu stützen. Anders gesagt, die politisch-militärische Weltmachtrolle der USA wurde durch eine entsprechende wirtschaftliche Vorrangposition ergänzt. Diese Fähigkeit haben die Vereinigten Staaten während des letzten Jahrzehnts in zunehmendem Maß verloren. Hier ist vor allem an die These zu denken, daß der pazifische Handel der Vereinigten Staaten den atlantischen Handel (mit Westeuropa) seit Jahren deutlich übersteigt und daß der Abstand weiter wächst. Diese Tatsache wird häufig als Argument für die größere Bedeutung der pazifischen Region verwandt. Übersehen wird dabei jedoch, daß der Handel der Vereinigten Staaten mit den pazifischen Ländern, insbesondere mit Japan, zuneh-

mend defizitär verlaufen ist. Anders gesagt: Die Vereinigten Staaten haben durch die Aufnahme der pazifisch-asiatischen Handelsströme das Wachstum in der pazifisch-asiatischen Region entscheidend getragen. Auf eine Kurzformel gebracht heißt dies: Ohne die USA gibt es keine Dynamik in Pazifik-Asien!

Diese impulsgebende Rolle für die Entwicklung im pazifisch-asiatischen Raum konnten die USA über einen langen Zeitraum hinweg vor allem deswegen erfolgreich übernehmen, weil sie die entsprechenden Defizite durch große Überschüsse im transatlantischen Handel weitgehend auszugleichen vermochten. Seit Beginn der achtziger Jahre jedoch hat sich auch hier die Situation erheblich zum Nachteil der USA verändert. Es bleibt also abzuwarten, ob die Vereinigten Staaten unter solchen veränderten Umständen auch weiterhin in der Lage sind, als „Motor“ des pazifischen Wachstums zu wirken. Das Lauterwerden sogenannter „neoprotektionistischer“ Rufe in den USA spricht nicht für diese Annahme. Über zwanzig „freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen“ sowie ein gutes Dutzend Konsultationsvereinbarungen für einseitige Auferlegung von „Selbstbeschränkung“ mit den wichtigsten Handelspartnern deuten eher auf eine Beschleunigung des Trends zu Handelsbeschränkungen als auf eine Verlangsamung hin.

Es geht hier nicht so sehr um die Frage, ob Japan und andere asiatisch-pazifische Länder zu einer internationalen Vergeltungspolitik fähig wären, obgleich auch dieser Aspekt nicht unerheblich auf die Fähigkeit der USA zu zukünftiger pazifischer Zusammenarbeit Einfluß nehmen dürfte. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang vielmehr eine grundsätzliche Kritik, die aus Japan stammt, aber auch in anderen asiatischen Ländern geäußert wird: „Insbesondere die Vereinigten Staaten sind deutlich zu einer Führung übergegangen, die darauf aus ist, die eigenen Interessen zu fördern... Das Ergebnis ist, daß sich zur Zeit der Nationalismus breit macht als stärkste Alternative zur Pax Americana.“²⁾

Die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse beginnen sich zu verschieben und entsprechend ändern sich die wirtschaftspolitischen Gewichte. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Entwicklungen sind nicht zuletzt Ausdruck unterschiedlicher Anforderungen an die Aufrechterhaltung der jeweiligen Volkswirtschaften. Angesichts des unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Erwartungshorizontes der wichtigsten pazifischen Staaten spricht gegenwärtig also wenig dafür, daß der pazifische Raum in absehbarer Zeit mehr als bloße Ansätze zu wirtschaftspolitischen Abstimmungsmechanis-

²⁾ Murakami Yasusuke, A Critique of Neoliberal Economic Policies, in: Japan Echo, (1983) 1, S. 44 (Übersetzung RM).

men entwickeln wird. Was vordergründig als „nationaler Egoismus“ kritisiert wird, weist in der Tat auf eine tiefere Problemebene hin, die eng mit den unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Grundbedürfnissen der amerikanischen, japanischen und anderen asiatisch-pazifischen Volkswirtschaften verbunden ist. Theoretisch ließen sich verschiedene Ansätze zur Überwindung dieser Unterschiede vorstellen. In der Praxis jedoch scheinen die jeweiligen Regierungen aus politischen Gründen gezwungen zu sein, eigene, sich häufig gegenseitig blockierende Wege zu gehen.

Einen Hinweis hierauf bietet u. a. die von den Vereinigten Staaten ausgelöste Kontroverse um die Rolle des „Staates“ im außenwirtschaftlichen Prozeß der asiatisch-pazifischen Länder, insbesondere Japans. Diese Auseinandersetzung wird ungeachtet der Tatsache geführt, daß auch in der amerikanischen Wirtschaft ein steigendes Engagement des Staates festzustellen ist und daß in einer wachsenden Zahl von Bereichen der „Markt“ mehr oder weniger aufgehoben ist. Die Fülle von Einzelproblemen, die sich aus den Interessengegensätzen innerhalb der pazifischen Region ergibt, kann hier nicht behandelt werden.

2. Die ökonomische Bedeutung Japans für den pazifischen Raum

Japan, die zweite große Macht im Pazifik, sieht sich zunehmend in der Rolle des wirtschaftlichen Rivalen der Vereinigten Staaten. Häufig sprechen einflußreiche Japaner sogar von dem Ziel „Japan Number One“, d. h. einem Überholen der USA als größte Weltwirtschaftsmacht bis zum Jahr 2000. Es läßt sich kaum leugnen, daß liberalwirtschaftliches Ideengut — trotz ständig wiederholter Lippenbekenntnisse — nicht zum Hauptstrom des japanischen Denkens gehört. Dies gilt sowohl für die staatliche Verwaltung als auch für die Wirtschaft selbst. Geschichtliche Gründe mögen einen Teil der Erklärung für das Ineinanderfließen staatlichen und wirtschaftlichen Handelns beitragen. Ebenso wichtig jedoch erscheint die Tatsache, daß das staatliche Moment im japanischen Wirtschaftsleben funktionell notwendig ist und daher auch weitgehend durch „nationale Übereinstimmung“ gedeckt ist.

Einer der Hauptunterschiede zur amerikanischen Volkswirtschaft liegt in der Fähigkeit der japanischen Wirtschaftsgesellschaft zu sparen. So ist die Inlandsersparnis mehr als ausreichend, um ein fortlaufendes Hochwachstum zu garantieren. Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt eine von der amerikanischen Wirtschaftsethik abweichende Haltung der japanischen Haushalte, deren Ersparnisquote immer noch bis zu 20% beträgt (USA 4—6%). Das heißt: Angesichts hoher Sparquote (am BSP) und entsprechend niedrigeren Verbrauchs (relativ niedrige Inlandsnachfrage)

neigt die japanische Volkswirtschaft im Gegensatz zur amerikanischen eher zur „Konjunkturabkühlung“ denn zur Überhitzung, eine Tatsache, die sie durch eine „konzertierte“ Außenhandelsstrategie von Staat und Wirtschaft auszugleichen versucht. Dieser Aspekt steht hinter der von den USA ausgelösten Auseinandersetzung um „unfaire Vorteile“, die sich Japan im internationalen Wettbewerb gesichert habe. Unter diesen Umständen läßt sich nicht erkennen, wie es zu einer echten dauerhaften Zusammenarbeit zwischen beiden Mächten kommen soll.

Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Kontroverse Teil eines übergeordneten Zusammenhangs, der sich aus der fortlaufenden Kräfteverschiebung zwischen den wichtigsten pazifischen Staaten ergeben hat. Sie ist eng verbunden mit der Forderung der USA nach einer „internationalen Lastenverteilung“ und der gleichzeitigen Forderung der pazifischen Entwicklungsstaaten nach einer „Internationalisierung“ der japanischen Wirtschaft, d. h. nach einer Politik der verstärkten Berücksichtigung der Entwicklungsinteressen im pazifischen Raum. Die Erfüllung dieser Forderungen wäre indessen die Minimalvoraussetzung für eine Verwirklichung konkreter pazifischer Zusammenarbeitsvorstellungen. Japan hat bisher sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den asiatisch-pazifischen Entwicklungsstaaten vorrangig mit einer Politik der inhaltenden und minimalen Konzessionen gearbeitet. Innenpolitisch wird ein Aufbrechen des berühmten „nationalen Konsenses“ befürchtet, der angesichts der Übernahme größerer internationaler Mehrlasten nicht länger tragfähig wäre.

Die USA und Japan sind die eindeutig dominierenden Wirtschaftskräfte im pazifischen Raum. Als Wachstumspole begrenzen bzw. erweitern sie den Rahmen, innerhalb dessen die wirtschaftliche Entwicklung der anderen pazifischen Länder, insbesondere der Schwellenländer und der ASEAN-Staaten, verlaufen kann. Es gehört zu den Gemeinplätzen jeder Diskussion über den asiatisch-pazifischen Entwicklungsraum, die Entwicklungsstrategie der betreffenden Schwellen- und Entwicklungsländer als mehr oder weniger handelsorientiert zu kennzeichnen. Im Hinblick auf eine pazifische Zusammenarbeit bedeutet dies vor allem:

1. Das exportgeförderte Wachstum wird durch die Aufnahmefähigkeit und -willigkeit der Industrieländer, insbesondere der USA und Japans, maßgeblich bestimmt.

2. Hinter der allgemeinen Forderung nach einer gerechteren Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen steht die Erkenntnis, daß die eigene nationale Entwicklungsdynamik nicht zuletzt durch mangelndes Tempo und Erfolg internationaler Industrierlagerungspolitik begrenzt wird.

3. Die schmale binnenwirtschaftliche Entwicklungsbasis der Schwellen- und Entwicklungsländer erscheint trotz hoher Sparraten nicht ausreichend, um die Investitionstätigkeit für ein anhaltend hohes Wachstum zu ermöglichen. Angesichts der bevölkerungs- und beschäftigungspolitischen Problematik sind im mittel- bis langfristigen Durchschnitt gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten von mehr als 5% notwendig, wobei vor allem die verarbeitende Industrie überdurchschnittlich wachsen muß. Die betreffenden Länder sind also ausnahmslos auf einen starken Kapitalzufluss zu solchen Bedingungen angewiesen, die durch die eigene Entwicklung tragbar sind. Dies gilt sowohl für Direktinvestitionen als auch für internationale kommerzielle Kreditvereinbarungen. Für die Zukunft ist mit einem anhaltenden Anstieg des Nettobedarfs an Kapital zu rechnen.

4. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der allen asiatisch-pazifischen Schwellen- und Entwicklungsländern gemeinsam ist, ist die aktive, keineswegs „unsichtbare Hand“ des Staates in allen wichtigen Bereichen der Entwicklung. Die am „Modell Japan“ orientierte Politik deutet auf ein positives Verständnis staatlicher Wirtschaftstätigkeit hin, das dem nationalistischen Weltausblick der jeweiligen nationalen Eliten durchaus entspricht. Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang in Indonesien ausgesprochen, das sich aufgrund seiner Größe als potentielle regionale Ordnungsmacht empfinden darf. Die besondere Art, mit der sich die japanische Wirtschaft in der Welt durchzusetzen versucht, wird als Bestandteil eines Gesamtsystems gesehen, das „strukturell, politisch und kulturell“ verankert ist. Es scheint hier angebracht, ein entsprechendes Zitat wiederzugeben: „Dieses Ineinandergreifen von Kräften verschiedenen Ursprungs ist ausschlaggebend für das Entstehen eines informellen, unsichtbaren und verdeckten ‚integrierten nationalen Systems‘ gewesen... Die formalen und informellen Verbindungen, die zwischen der Geschäftswelt, der Politik, der Regierung und der bürokratischen Elite bestehen, haben immer für eine Atmosphäre gesorgt, in der die Regierung die Funktion des Initiators, Innovators und Unterstützers gemeinsam mit der Geschäftswelt, der Industrie und dem Bankensektor ausübt... Dabei haben sich auch ein Sinn nationaler Mission und eine Art ‚Imperialmentalität‘ entwickelt, die entweder bewußt oder unbewußt die Spitzenführung der Wirtschaft und ihre Manager beeinflusst haben.“³⁾

Unter solchen Umständen wird die Skepsis und Zurückhaltung der Schwellen- und Industrieländer gegenüber Vorstellungen einer großen gesamtpazifischen Zusammenarbeit verständlich.

³⁾ J. Panglaykim, *The Japanese Economic Strategy: Sogo Shosha and ASEAN*, in: *The Indonesian Quarterly*, (1983) 2, S. 80—84 (Übersetzung RM).

Angesichts der unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Interessen der USA, Japans und der anderen pazifischen Staaten erscheinen den Schwellen- und Entwicklungsländern die Aussichten für die Verwirklichung eigener grundlegender Vorstellungen gering. Es wird ferner befürchtet, daß der mühsame Prozeß der wirtschaftlichen Integration kleiner Gruppen, so z. B. ASEAN, in einer übergeordneten Organisation verzögert werden könnte.

Wenn also der Wirklichkeitssinn dagegen spricht, daß auf absehbare Zeit eine große pazifische Wirtschaftsgemeinschaft verwirklicht werden kann, wenn angesichts der Interessengegensätze nicht einmal ein Minimalrahmen bescheidener wirtschaftspolitischer Abstimmung gesichert erscheint, dann stellt sich die Frage, ob die realen Trends eines verstärkten innerpazifischen Handelsaustausches und wachsender Abhängigkeiten weiter steigen werden. Ohne angemessene Abstimmungsmechanismen ausgleichender Art kann ein solcher Anstieg des Wirtschaftsaustausches in Zukunft möglicherweise zu einem erhöhten Potential an Interessenkonflikten führen.

3. Die Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raumes in der Zukunft

Selbst wenn manches dafür spricht, daß die zukünftige Wachstumsdynamik im pazifischen Raum aufgrund der angesprochenen Interessengegensätze und Reibungsverluste nachlassen wird, so hebt diese Möglichkeit nicht die Frage nach der gegenwärtigen Rolle Westeuropas im pazifischen Raum auf. Daß das Engagement Westeuropas auf den asiatisch-pazifischen Märkten von „Zurückhaltung“ geprägt ist, ist eine Tatsache. Andererseits müssen im Hinblick auf die bisherige Entwicklung im Pazifik zwei ihrem Wesen nach unterschiedliche Dimensionen der Beurteilung sorgfältig voneinander getrennt werden. Zum einen geht es um die langfristige, geschichtliche Entwicklungsdimension von Ländern und Volkswirtschaften. Zum anderen geht es um die mittelfristige Dimension des wirtschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen auf spezifischen Märkten und um die begrenzten Größenveränderungen, die auf solchen Märkten in mittelfristigen Zeiträumen möglich sind.

Volkswirtschaftliche Entwicklungsplanung muß mehr oder weniger zwangsläufig in langfristigen Zeiträumen gestaltet werden. Dementsprechend tritt der Wachstumsaspekt bei der Leistungsbeurteilung in den Vordergrund. Unter einem solchen Betrachtungswinkel muß die Entwicklung im pazifischen Raum tatsächlich als eindrucksvoll bewertet werden. In diesem sehr langfristigen Sinn mag es daher unter Umständen gerechtfertigt erscheinen, die weltwirtschaftliche Zukunft als pazifisch bestimmte Zukunft zu bewerten. Beschränkt

man sich jedoch auf solche Zeiträume, die bis zu einem vertretbaren Mindestmaß kalkulierbar bleiben, dann sind die wirtschaftsgeschichtlich heranwachsenden „Zukunftsmärkte“ des Pazifiks keineswegs von jener überragenden Bedeutung, die ihnen aufgrund der Wachstumserfolge der Vergangenheit gemeinhin zugesprochen wird. Anders gesagt heißt dies, daß es die großen pazifischen Märkte, nimmt man einmal die Weltwirtschaftsmächte USA und Japan aus, (noch) nicht gibt. Es wird sie bis zum Ende dieses Jahrhunderts auch nicht in dem Ausmaß geben, das eine „mechanische“ Fortschreibung der Wachstumsleistungen der Vergangenheit suggeriert. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, daran zu erinnern, daß ein ähnlicher „Optimismus“ im Falle der lateinamerikanischen Länder zu Beginn der siebziger Jahre vorherrschte. Es ist keinesfalls beabsichtigt zu prophezeien, daß im asiatisch-pazifischen Raum ähnliche Entwicklungsrückschläge zu erwarten seien wie in Lateinamerika, aber ein solcher Hinweis vermag zu verdeutlichen, welchen Unsicherheiten Zukunftsprognosen zwangsläufig unterliegen.

Um es noch einmal zu wiederholen: Die Wachstumsgeschwindigkeiten der pazifischen Staaten haben sich in der Vergangenheit mit wenigen Ausnahmen von der übrigen Weltwirtschaft positiv abgehoben. Insbesondere vier Linien erhöhten Wachstums lassen sich nachzeichnen. Erstens war das außenwirtschaftliche Wachstum während der letzten 15 Jahre deutlich höher als in der Weltwirtschaft insgesamt. Der zweite Bereich hohen Wachstums betraf die Gesamtwirtschaft. So lagen die Steigerungen des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung bei den einzelnen Ländern seit Beginn der siebziger Jahre zwischen 4 und 7% im jährlichen Durchschnitt. Der dritte große Wachstumsbereich war der der verarbeitenden Industrie. Hier wurden seit Beginn der siebziger Jahre Durchschnittsraten von jährlich 5,5% (Japan) bis 11,2% (Südkorea) erzielt. Der vierte Wachstumsbereich, der die höchsten aller durchschnittlichen Wachstumsraten aufwies, ist der Bereich der Investitionen. Hier ergaben sich für die Schwellen- und Entwicklungsländer jährliche Steigerungen von 6,2% (Thailand) bis 12,3% (Indonesien). Selbst Japan als hochentwickeltes Industrieland wies ein jährliches Wachstum der Investitionen von 3,1% auf⁴).

Aufgrund dieser Wachstumsleistungen der Vergangenheit erreichte das gemeinsame Bruttosozialprodukt der asiatisch-pazifischen Länder einschließlich der Volksrepublik China Mitte der achtziger Jahre rund 1 700 Mrd. US-Dollar. Es war damit nur geringfügig kleiner als das gemeinsame Sozialprodukt der ursprünglichen sechs EG-

Mitglieder, das auf knapp 1 800 Mrd. US-Dollar kam. Dieses Bild verändert sich jedoch beträchtlich, wenn man das japanische Sozialprodukt ausklammert. Alle anderen asiatisch-pazifischen Länder zusammen erbringen zur Zeit eine gesamtwirtschaftliche Leistung, die etwa in der Größenordnung des bundesdeutschen Sozialprodukts liegt. Das gemeinsame Sozialprodukt des häufig so genannten „Wachstumsmarktes Südostasien“ war statistisch noch kleiner als das der Benelux-Staaten.

Wenn also das gesamtwirtschaftliche Leistungsniveau der asiatisch-pazifischen Länder noch weit von der Größenordnung entfernt ist, die dazu berechtigte, von einer Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts in den Pazifik zu sprechen, so könnten die Importmärkte der Region dennoch von großer Bedeutung sein. Teilt man diese Märkte in Einfuhranteile von Produktions- und Investitionsgütern einerseits und von Konsumgütern andererseits auf, so ergeben sich die folgenden Größenordnungen. Die Gesamteinfuhren der asiatisch-pazifischen Region einschließlich Japans beliefen sich Mitte der achtziger Jahre auf rund 300 Mrd. US-Dollar. Klammert man Japan aus, so wurde eine Größenordnung von rund 170 Mrd. erzielt. Ein Großteil dieser Gesamteinfuhren entfiel jedoch auf Brennstoffe, Mineralien, Metalle und sonstige Rohstoffe. Der für die westeuropäische Außenwirtschaft wesentliche Bereich der Produktions- und Investitionsgüter erzielte nur eine Größenordnung von rund 120 Mrd. US-Dollar. Ohne Japan belief sich der Wert auf weniger als 100 Mrd. US-Dollar. Das heißt, daß die entsprechenden Einfuhren der asiatisch-pazifischen Länder nicht größer sind als die der Benelux-Staaten. Auch unter der Annahme, daß die Importe von Produktions- und Investitionsgütern während des nächsten Jahrzehnts deutlich wachsen, kann man für diesen Zeitraum kaum davon sprechen, daß im pazifisch-asiatischen Raum ein großer Importmarkt im Entstehen begriffen sei. Dies gilt um so mehr, als die meisten Länder der Region in wichtigen Entwicklungsbereichen einen starken Trend zur Importsubstitutionspolitik, d. h. zur Binnenproduktion der entsprechenden Produkte, aufweisen.

Diese Politik der Beschränkung von Importen gilt in noch größerem Maße für den Konsumgüterteilmarkt. Hinzu kommt, daß dieser Markt bzw. diese Märkte, nimmt man Japan aus, ausgesprochen klein sind. Eine solche Feststellung ist um so notwendiger, als im Zusammenhang mit der Wachstumsdynamik der asiatisch-pazifischen Märkte häufig auf Bevölkerungszahlen zurückgegriffen wird, deren unreflektierte Übernahme zu falschen Einschätzungen führt. Besonders typisch hierfür ist die stetige Wiederholung der Milliardenzahl im Falle Chinas („riesiger potentieller Markt“) und der Bevölkerungszahl der ASEAN-Staaten (bis

⁴) Daten entnommen aus: The World Bank, World Development Report 1983.

Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich 400 Mio.). In der Praxis jedoch ist die Größe einer Bevölkerung kein hinreichendes Kriterium für die Größe des betreffenden Marktes. Letztere wird durch die Zahl der Konsumenten, d. h. durch die Zahl der Menschen mit frei verfügbarer Kaufkraft sowie die nationalen Devisenerlöse entscheidend bestimmt. In diesem Zusammenhang läßt sich nicht übersehen, daß in fast allen Ländern der asiatisch-pazifischen Region Widerstände bestehen, knappe Devisenbestände für Konsumgüterimporte einzusetzen. Legt man ferner Kaufkraftschätzungen für die Konsumenten asiatisch-pazifischer Länder (ohne Japan) zugrunde, so ergeben sich allenfalls 20 bis 25 Mio. „Standardhaushalte“ nach westeuropäischem Maßstab. Die Konsumgütermärkte der asiatisch-pazifischen Länder erreichen also zusammen allenfalls die Größe des bundesdeutschen Marktes.

Abgesehen von der geringen Größe der asiatisch-pazifischen Märkte darf nicht übersehen werden, daß die Länder in der pazifischen Region (Ausnahme USA) nicht zur Aufrechterhaltung einer selbsttragenden Konjunktur fähig sind, sondern in ihrem Wirtschaftsrhythmus entscheidend von den Industrieländermärkten Nordamerikas und Westeuropas abhängig sind. Das bedeutet, daß das gesamt- und außenwirtschaftliche Auf und Ab parallel zu den Konjunkturbewegungen der westlichen Industriestaaten verläuft. Das „vielgeschmähte“ Westeuropa ist also zumindest indirekt von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaften im asiatisch-pazifischen Raum einschließlich Japans.

Die Parallelität der Konjunktorentwicklung äußert sich vor allem in zwei Tendenzen. Zum einen sind in weltwirtschaftlichen Rezessionsphasen die Ausfuhren der exportorientierten Länder der pazifischen Region ebenfalls rückläufig. Zum anderen führt diese Tatsache in den meisten der betroffenen Länder zu entsprechenden Einschränkungs-

maßnahmen gegenüber Importen. Anders gesagt: In den zeitlichen Phasen, in denen die westlichen Industrieländer aufgrund der eigenen Konjunkturschwäche verstärkt um Exportmärkte bemüht sind, schrumpfen diese im asiatisch-pazifischen Raum, während sie sich in Zeiten wachsender Weltwirtschaftstätigkeit ausdehnen.

Fazit

Abschließend stellt sich die Frage, wie sich die zukünftige Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum vollziehen wird. Zukunftsprognosen sind ihrer Natur nach immer mit Unsicherheiten behaftet, aber es läßt sich kaum übersehen, daß auch im Pazifik die Zeit des Hochwachstums (zumindest vorübergehend) vorbei ist. Auch dort sind die achtziger Jahre nicht die siebziger Jahre. In einer Reihe von Ländern, so u. a. in Indonesien, Südkorea etc., ist eine deutliche Ernüchterung zu spüren. Man hat feststellen müssen, daß die nationalen Entwicklungsprozesse länger und komplizierter sind, als während der Zeit des „großen Optimismus“ vermutet wurde. Andererseits sprechen die tatsächlichen Leistungen und der Behauptungswillen der asiatisch-pazifischen Volkswirtschaften dafür, daß, wenn es überhaupt eine Entwicklungsregion gibt, die den Weg zur modernen Industrieländerwelt erfolgreich bewältigen kann, es sich um die asiatisch-pazifische Region handelt. Eine solche Entwicklung muß jedoch in entsprechenden entwicklungsgeschichtlichen Zeiträumen gesehen werden, d. h., auf absehbare Zeit sind die Chancen für eine beschleunigte Ausdehnung der pazifischen Volkswirtschaften nicht sehr vielversprechend, zumal die amerikanische Wirtschaft als einer der beiden wichtigen Träger (neben Westeuropa) des exportorientierten Wachstums im Pazifik zu ihrer latenten Wachstumsschwäche zurückgekehrt zu sein scheint. Das Pazifische Jahrhundert läßt noch auf sich warten.

Rolf Hanisch: Der Machtwechsel auf den Philippinen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/86, S. 3—17

Der Sturz des Marcos-Regimes wurde vorbereitet durch eine zunehmende Handlungsunfähigkeit des Autokraten Ferdinand Marcos, der seit einigen Jahren von einer in Schüben auftretenden Krankheit geplagt wird, sowie durch eine schleichende Wirtschaftskrise, die durch den allgemeinen Vertrauensverlust im Gefolge der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino (1983) noch weiter verschärft wurde. Dadurch intensivierten sich die Verteilungs- und Richtungskämpfe (auch innerhalb des Regimes). Aufgrund der drückenden Auslandsschulden mußte dem Internationalen Währungsfonds eine zunehmende Mitsprache bei der Formulierung der Wirtschaftspolitik zugestanden werden; die Haltung der US-Administration wurde immer bedeutsamer für das Überleben des Regimes.

Trotz eingeschränkter Spielräume und Ressourcen vermochte das Marcos-Regime aber immer noch ein ausgedehntes Klientelnetz zu unterhalten und — trotz wachsender Opposition — eine beträchtliche Massenbasis an sich zu binden. Mit dieser sowie mit Wahlmanipulationen vermochte Marcos im Mai 1984 noch einmal Parlamentswahlen zu gewinnen. Im Februar 1986 versuchte er seine Legitimität durch vorgezogene Präsidentschaftswahlen noch ein weiteres Mal unter Beweis zu stellen. Diese wurden vor allem für die amerikanische Öffentlichkeit und Administration inszeniert und fanden ein beispielloses internationales Medieninteresse. Die Medien waren von Anfang an gegen Marcos eingestellt und erwarteten einen Sieg der Opposition, der nach ihrer Auffassung dieser nur durch neuerliche Manipulationen genommen werden konnte. Die Berichterstattung über diese Wahlmanipulationen, deren wahlentscheidender Charakter aus heutiger Sicht wahrscheinlich, aus damaliger Sicht nicht unbedingt sicher war, trug zu dem drastischen neuerlichen Vertrauensverlust des Regimes nach den Wahlen bei. Der Seitenwechsel des Verteidigungsministers und einiger Militärs überzeugte auch die noch zögernde Reagan-Regierung von der Unhaltbarkeit des Regimes. Ohne größeres Blutvergießen verließ der Autokrat Marcos nach zwanzigjähriger Herrschaft das Land. Er hinterließ ein zentralistisch-autoritäres, korporatistisches System, das er zugunsten seiner Familie und vieler großer und kleiner Kumpane und Nutznießer privatisiert hatte.

Die neue Aquino-Regierung ist eine heterogene Koalition, die — über die notwendigen Schritte zu einer Redemokratisierung hinaus — bisher kaum die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen anzupacken vermochte. Sie erfährt eine Belastung durch die schillernde Figur des alten und neuen Verteidigungsministers, der ihre Stabilität gefährdet, die Regierung zunehmend in Frage stellt und — als einer der Hauptvertreter und Nutznießer des alten Regimes — die Aufräumarbeiten und einen möglichen Ausgleich mit den Kommunisten und der Linken in Grenzen zu halten versucht.

Oskar Weggel/Rüdiger Machetzki: Der asiatisch-pazifische Mythos. „Atlantische Gegenwart — Pazifische Zukunft“?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/86, S. 18—31

Während der letzten beiden Jahrzehnte waren Weltpolitik und Weltwirtschaft deutlichen Wandlungen unterworfen, die das internationale Bewußtsein stark geprägt haben. Im Rahmen dieser Veränderungen sind einige Ansätze zu einer allmählichen Verlagerung des „Weltzentrums“ von der atlantischen zur pazifischen Großregion erkennbar geworden. Die weltweite Diskussion um Ursachen und Folgen der prognostizierten regionalen Gewichtsverschiebung dauert seit Jahren an. Sie spiegelt sich in Schlagworten wie „Atlantische Gegenwart — Pazifische Zukunft“ und „21. Jahrhundert — Pazifisches Jahrhundert“ wider. Hauptquelle der „neuen Dynamik“ war die wirtschaftliche Wachstumsstärke des pazifisch-nordamerikanischen Westens, Japans und der aufsteigenden pazifisch-asiatischen Schwellenländer. Im Gegensatz dazu werden die europäischen Volkswirtschaften als überaltert und entwicklungs-schwach apostrophiert. Man prophezeit ihnen eine allmähliche „Rückentwicklung“, falls nicht ein grundlegender Bewußtseinswandel eintritt.

Stimmt ein solches Zukunftsbild mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Realität der Welt überein? Ist der Pazifik eine Region, in der es zur großen wirtschaftlich-politischen Zusammenarbeit kommen wird, oder existieren gegenläufige Tendenzen und Hindernisse, die den „pazifischen Optimismus“ zumindest verfrüht erscheinen lassen?

Wirtschaftliche Dynamik und hohe Wachstumsraten der Vergangenheit sind unumstritten. Seit einigen Jahren zeigen sich jedoch unterschiedliche Entwicklungsengpässe, die zu Zweifeln an einer „mechanischen Fortschreibung“ der bisherigen Leistungen Anlaß geben. Ferner sind die grundlegenden wirtschaftspolitischen Anforderungen und Interessenlagen der wichtigen pazifischen Wirtschaftsgesellschaften zu unterschiedlich und gegensätzlich, um einen umfassenden regionalen Abstimmungs- und Kooperationsprozeß als wahrscheinlich anzusehen.

Auch die abweichenden geopolitischen Ordnungsvorstellungen der wichtigsten pazifischen Anrainerstaaten sprechen nicht für eine Vertiefung der Kooperations- und Integrationsansätze der Gegenwart. Es wird ein pazifisches Wachstum geben, aber ein Wachstum, das durchaus von Konflikten und Brüchen gekennzeichnet sein kann. Bisher ist die Idee der großen pazifischen Wirtschaft ihrer eigenen Wirklichkeit weit vorangeeilt.